

Vorwort

Natur- und Umweltschutz in NRW.

Ökologisch-ökonomische Erneuerung NRWs	4
Energiewende. Zukunft sichern	5
Biodiversität. Vielfalt erhalten	11
Gewässerschutz. Lebensadern bewahren	17
Agrarwende. Gesunde Nahrung, gesunde Tiere	20
Verkehr. Richtung wechseln	24
Gesund leben. Für saubere Luft	26
Umweltbildung. Für die Zukunft	27

Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW	28
Die BUND NRW Naturschutzstiftung	29
BUND-Öffentlichkeitsarbeit	30
Finanzen des BUND NRW e.V.	31
Wir über uns	33
Impressum	35

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

beim Rückblick auf das Jahr 2011 steht für uns alle die Katastrophe von Fukushima im Mittelpunkt. Mit Entsetzen und großem Mitgefühl für die betroffenen Menschen haben wir die Folgen des schweren Erdbebens und nachfolgendem Tsunami mit über 20.000 Toten und schrecklichen Zerstörungen in Japan verfolgt. Als wäre dies nicht schlimm genug, kam es unmittelbar hierdurch zur Atomkatastrophe von Fukushima, die der Welt erneut die Kehrseite der „friedlichen Nutzung“ der Atomenergie gezeigt hat.

In Deutschland wurde unter dem Eindruck der Katastrophe – befördert durch landesweite Demonstrationen unter starker Beteiligung des BUND – der „Ausstieg vom Ausstieg aus dem Ausstieg“ aus der Atomkraft erzwungen, der sich allerdings bis 2022 hinziehen wird. Bis dahin gibt es somit in Deutschland weiter das Gefahrenpotenzial laufender AKWs und steigende Mengen an radioaktivem Abfall, für die immer noch kein Endlager in Sicht ist. Das Atomthema treibt uns also weiter um. NRW ist mit den atomaren Altlasten des Kugelhaufenreaktors in Jülich, dem vorgesehenen Castor-Atomülltourismus von Jülich nach Ahaus sowie der Urananreicherungsanlage in Gronau stark betroffen und ein Schlüsselland der Atomtechnologie. Wir werden daher weiter wie im vergangenen Jahr intensiv an Demonstrationen mitwirken und auf politischer Ebene, in den Medien und mit öffentlichen Aktionen daran arbeiten, dass der Widerstand gegen Atomanlagen und Atomülltourismus nicht nachlässt und die richtigen Konsequenzen gezogen werden: Atomausstieg sofort!

Überaus erfolgreich war der BUND 2011 in seinem Kampf für Umwelt- und Klimaschutz und gegen die Planungen großer Kohlekraftwerke in NRW. Im Mai entschied der europäische Gerichtshof in Luxemburg, dass dem BUND und damit allen Umweltverbänden ein umfassendes Klagerecht gegen Großplanungen zusteht. Das Urteil hat nach Einschätzung führender Juristen Rechtsgeschichte geschrieben und die bisherige unbefriedigende Praxis in Deutschland durchbrochen. Ende 2011 obsiegte der BUND auf dieser Basis mit seiner Klage gegen das Trianel Kraftwerk in Lünen: Nach tagelanger Gutachterschlacht wurden Vorbescheid und 1. Teilgenehmigung des fast fertiggestellten Kraftwerkes in Lünen aufgehoben. Auch unser Widerstand gegen das geplante Kohlekraftwerk Krefeld-Uerdingen war erfolgreich, und dort wird jetzt, so wie von uns gefordert, ein Gaskraftwerk geplant.

Jetzt stehen in NRW zwei fast fertige, gigantische Großkraftwerke – Datteln 4 und Lünen – auf der grünen Wiese, denen die Genehmigungsgrundlage fehlt. Dies ist Ergebnis einer Planungs-„un“kultur, die es ermöglicht, gegen den Willen betroffener Bürgerinnen und Bürger und unter Verletzung von Umweltrecht auf der Basis von vorläufigen Genehmigungen und sogenanntem



Paul Kröfges, BUND-Landesvorsitzender

Foto: Göpfert/tema

Sofortvollzug vollendete Tatsachen zu schaffen. Das muss anders werden, daran arbeiten wir beim BUND auf allen Ebenen.

Auch unter dem Einfluss der Debatte um „Stuttgart 21“ waren wir daher im vergangenen Jahr vielfach unter dem Stichwort „Bürgerbeteiligung“ gefordert und unterwegs. So fand in Köln erstmals eine stadtweite Bürgerbefragung zum Ausbau des Godorfer Hafens statt, an der wir rege teilnahmen. Wir spüren allerorten, dass bei den Entscheidungsträgern angekommen ist, dass es so wie bisher nicht weitergeht. Unsere Botschaft ist klar: Wir fordern eine Beteiligung der Betroffenen auf Augenhöhe in einem frühen, ergebnisoffenen Stadium.

Der Jahresbericht für 2011 belegt, wie wir gemeinsam erfolgreich Akzente gesetzt, Alternativen aufgezeigt und uns für unsere Anliegen engagiert haben.

Wir blicken besonders stolz auf die zahlreichen Aktivitäten unserer Mitglieder vor Ort. Hier lebt der BUND, hier ist er Teil des Gemeinwesens, seine Mitglieder engagieren sich mit konkreten Naturschutzmaßnahmen, mischen sich in lokale Planungen ein und beziehen Stellung. All diesen vielen Menschen, die teilweise seit Jahrzehnten ehrenamtliche Arbeit leisten, danke ich an dieser Stelle von Herzen. Ich freue mich auch sehr über weiter steigende Mitgliederzahlen. Sie sind sichtbarster Ausdruck dieses Engagements.

Mein Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in unserer Geschäftsstelle und in den Projekten und ganz besonders den Mitgliedern und Spendern, die unsere Arbeit fördern und ermöglichen.

Herzlichst

Kündigte eine „ökologisch-industrielle Revolution“ an: Umweltminister Johannes Remmel stellte sich den kritischen Fragen der BUND-VertreterInnen auf der Landesdelegiertenversammlung 2011 in Essen.

Foto: D. Jansen



Ökologisch-ökonomische Erneuerung

Mit viel Vorschusslorbeeren auch des BUND startete die rot-grüne Landesregierung 2010 in das Abenteuer Minderheitsregierung. Rot-Grün war angetreten, Nordrhein-Westfalen zum Vorreiter der „ökologisch-industriellen Revolution“ zu machen. Nach knapp 20 Monaten und im Vorfeld der Neuwahlen ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Fazit: In vielen umweltpolitischen Themenfeldern ist ein deutlicher Richtungswechsel festzustellen, wichtige Weichen für eine zukunftsfähige Struktur wurden gestellt, auch wenn es teilweise noch deutlich hakete. Sollte es jetzt zu einem erneuten Regierungswechsel kommen, ist ein Rückfall zu befürchten.

Mit dem vom BUND mit initiierten Landesklimaschutzgesetz wurde ein zentrales Reformprojekt auf den Weg gebracht. Auch der neue Windenergieerlass bringt die Energiewende voran. Doch diese Meilensteine für eine neue Energiepolitik drohen durch das Festhalten von Teilen der SPD an dem Auslaufmodell Kohle zunichte gemacht zu werden.

Auch in Sachen gentechnikfreie Landwirtschaft und Gewässerschutzpolitik wurde ein markanter Kurzwechsel eingeleitet. Ob Flächenfraß, Waldpolitik oder Erhalt der Biodiversität – überall kündigte die Landesregierung einen Paradigmenwechsel an.

Doch die Umsetzung der ökologisch-ökonomischen Erneuerung kam teilweise nur schleppend voran. Wichtige Vorhaben wie das Landesnaturschutzgesetz oder ein zukunftsweisender Landesentwicklungsplan stecken noch im Reform-Stau. Die „Beton-Fraktion“ innerhalb der größeren Regierungspartei scheint noch immer stark. Besonders deutlich wird das in der Verkehrspolitik: Ob Luftverkehr oder Autobahn-Bau, die Zwischenbilanz ist hier sehr durchwachsen.

Was fehlt, das ist ein klares Bekenntnis der gesamten Landesregierung für eine neue Naturschutz- und Umweltpolitik. Sporadische Lippenbekenntnisse reichen da nicht aus, konkretes politisches Handeln tut not. Während die SPD noch viel zu häufig bremst, erweist sich Bündnis 90/Die Grünen als Motor. Während CDU und FDP den „Roll-back“ propagieren, setzt die Linkspartei vereinzelt Akzente, ohne ein klares umweltpolitisches Profil erkennen zu lassen. Das diffuse Erscheinungsbild der Piraten-Partei lässt noch keine Wertung zu.

Es wird höchste Zeit, dass eine neue Landesregierung den Politikwechsel voran treibt. An die Neuwahl knüpft der BUND deshalb auch die Erwartung, dass Begonnenes zügig realisiert und Fehlentwicklungen korrigiert werden.

Energiewende. Zukunft sichern

Fukushima mahnt: „Alle AKWs abschalten!“ war das Motto der Anti-AKW-Bewegung in 2011. Ob bei Großdemonstrationen in Berlin, Köln oder Gronau, ob bei den zahlreichen Mahnwachen, Montagsdemos oder Protest-Aktionen – der BUND war immer ganz vorne mit dabei. Auch NRW ist weiterhin Atomland – diese Botschaft war uns dabei ebenso wichtig wie die Forderung, den „Teufel Atom“ nicht durch den „Beelzebub Kohle“ auszutreiben.

Für den BUND steht bei der angestrebten Energiewende immer die Energieeinsparung und Ressourceneffizienz an erster Stelle. Nur wenn der exzessiv hohe Energieverbrauch massiv reduziert werden kann, ist eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien möglich. Dieses Ziel ist anspruchsvoll und bringt Zielkonflikte und schwierige politische Debatten mit sich. Ob bei der Windenergienutzung, neuen Speicherkraftwerken oder dem Netzausbau – auch innerhalb des BUND sorgt das mitunter für lebhafte Diskussionen. Alternativen dazu gibt es aber nicht, wir müssen uns dieser Verantwortung stellen. Nordrhein-Westfalen kommt beim bundesweiten Klimaschutz als Energieland Nummer 1 eine Schlüsselrolle zu: Scheitert NRW, scheitert Deutschland.



Foto: D. Jansen

Atomland NRW

Trotz Abschaltens aller Reaktoren bleibt NRW Atomland. Die Urananreicherungsanlage in Gronau versorgt weltweit etliche Atomkraftwerke mit Brennstoff, im Zwischenlager Ahaus wird Atommüll in einer Leichtbauhalle gebunkert, und auch die strahlenden Altlasten in Hamm und Jülich gefährden nach wie vor Mensch und Umwelt.

Im Zentrum der BUND-Proteste 2011 stand deshalb auch die Forderung nach Schließung aller NRW-Atomanlagen. Wie halbherzig der von der Bundesregierung beschlossene Atomausstieg ist, zeigte dabei nicht zuletzt auch die Tatsache, dass die UAA Gronau bei den Beschlüssen zum Ausstieg schlichtweg unterschlagen worden war. Aber auch die NRW-Landesregierung nutzte nicht alle Möglichkeiten zur überfälligen Schließung der

Anlage. Mehr als 10.000 Menschen protestierten dagegen am 25. April 2011 auf der größten Demo, die Gronau je gesehen hat. Einen Monat zuvor waren in Köln gar 40.000 Menschen mobilisiert worden, um für den sofortigen Atomausstieg zu werben.

Aber auch andere Atomstandorte bleiben im Fokus. So ist vielen unbekannt, dass mitten in einem Duisburger Wohngebiet eine Atommüllkonditionierungsanlage der Firma GNS beheimatet ist. Und auch der ebenso unsinnige wie gefährliche Transport der 288.000 Brennelementekugeln aus dem ehemaligen Forschungsreaktor in Jülich nach Ahaus provoziert landesweiten Widerstand.

Atomausstieg ist Handarbeit, und es gibt noch viel zu tun.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/atomausstieg



Foto: D. Jansen

Klimaschutzgesetz auf dem Weg

Zentrales Element der Energiewende in NRW ist das geplante Klimaschutzgesetz. Nach langem Hin und Her beschloss das Kabinett im Oktober 2011 endlich den Gesetzentwurf und brachte ihn ins Parlament ein. Auch wenn gegenüber dem ersten Referenten-Entwurf einige Abstriche hingenommen werden mussten, lobte der BUND das Werk. NRW sei das erste Bundesland, das beabsichtige, ein Gesetz mit verbindlichen CO₂-Reduktionsverpflichtungen zu verabschieden. Die Landesregierung setze damit bundesweit Maßstäbe. In einer Landtagsanhörung verteidigte der BUND das Gesetz gegen die zahlreichen Kritiker. Anstatt vermeintliche Risiken für den Wirtschaftsstandort NRW heraufzubeschwören, sollten diese endlich die damit verbundenen Chancen für regionale Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze sehen.

Verabschiedet das Parlament den Gesetzentwurf, bekommt NRW das erste deutsche Klimaschutzgesetz mit verbindlichen Minderungszielen. Die Gesamtsumme der Treibhausgasemissionen in Nordrhein-Westfalen soll bis zum Jahr 2020 um mindestens 25 Prozent und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 Prozent im Vergleich zu den Gesamtemissionen des Jahres 1990 verringert werden.

Die näheren Details soll ein Klimaschutzplan regeln. Mit dessen Aufstellung wurde in einem bundesweit einmaligen Beteiligungsprozess begonnen. Bis Ende 2012 soll der Klimaschutzplan aufgestellt sein und dann alle fünf Jahre fortgeschrieben werden.

BUND schreibt Rechtsgeschichte

Der 12. Mai 2011 wird in die Rechtsgeschichte eingehen: Mit einem Urteil von bundesweiter Bedeutung stärkte der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg die Klagerechte von Umweltverbänden gegen industrielle Großvorhaben. Auslöser des Grundsatzurteils war die Klage des BUND NRW gegen das geplante Trianel-Steinkohlenkraftwerk in Lünen.



Foto: D. Jansen

Nach deutschem Recht war eine gerichtliche Kontrolle bis dahin stark begrenzt. Ausgerechnet Verstöße



Foto: D. Jansen

Landesweiter Widerstand gegen Erdgas-Fracking

Gasgräberstimmung" in NRW: ExxonMobil, Wintershall und andere wollen in großem Stil Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten fördern. Doch die geplante Fördertechnik („Fracking“) birgt große Umweltrisiken, insbesondere das Grundwasser ist in Gefahr. Zwar sind hocheffiziente, flexible und schnell regelbare Gaskraftwerke eine unverzichtbare Brücke zu einer vollständig auf erneuerbaren Energien basierenden Energiewirtschaft. Dennoch darf es keine Erdgasförderung um jeden Preis geben.

Die Risiken des Gas-Frackings sind immens. Im Gegensatz zu konventionellen Lagerstätten ist das Gas unkonventioneller Lagerstätten in Kohle-, Ton-

oder Schiefergestein mit geringer Durchlässigkeit eingeschlossen. Um künstlich Wegsamkeiten zu schaffen, die den Gasaustritt ermöglichen, wird beim Fracking deshalb ein Wasser-Chemie-Cocktail unter hohem Druck in den Untergrund gepresst und so der Gesteinsverbund aufgebrochen. Dies birgt nicht nur Risiken für das Grundwasser, auch an der Erdoberfläche kann es zu irreparablen Schäden kommen.

Dass all dies nach dem anachronistischen Bundesberggesetz ohne Umweltverträglichkeitsprüfung, Öffentlichkeitsbeteiligung und unter Missachtung wasserrechtlicher Vorgaben genehmigt werden kann, ist der eigentliche Skandal. Gemeinsam mit den zahlreichen Bürgerinitiativen macht der BUND deshalb gegen das Erdgas-Fracking mobil. Mit Aktionen, Diskussionsveranstaltungen und bei Anhörungen im Land- und Bundestag waren die BUND-Experten in 2011 präsent. Mit Erfolg: Die Landesregierung verhängte ein Moratorium, eine umfangreiche Risikostudie ist in Erarbeitung. Wird die BUND-Einschätzung der prinzipiellen Unbeherrschbarkeit der Technologie bestätigt, bleibt letztendlich nur ein Fracking-Verbot nach französischem Vorbild.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/fracking

gegen Vorschriften zum Schutz der Natur, des Wassers oder der vorsorgenden Luftreinhaltung konnten von Umweltverbänden nicht vor Gericht geltend gemacht werden. Das widerspricht jedoch europäischem Recht. Dieses sieht ein Klagerecht bei allen Vorhaben vor, die Interessen der Allgemeinheit tangieren. Das EuGH-Urteil ist damit ein herausragender Erfolg zur Stärkung der Bürgerrechte in allen Genehmigungsverfahren für industrielle Großvorhaben. Umweltverbände in Deutschland und überall in Europa können künftig die umfassende gerichtliche Überprüfung der Rechtmäßigkeit umweltrelevanter Bauvorhaben und Industrieanlagen erwirken.

Während das vom BUND erkämpfte Urteil in Juristenkreisen und Medien auf weitgehend positive Resonanz traf, geißelte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Entscheidung als Beitrag zur Erhöhung des Investitionsrisikos. Das Urteil habe entscheidende Auswirkungen auf das deutsche Recht und sei kontraproduktiv für den Wirtschaftsstandort Deutschland, so ein BDI-Papier.

Der BUND sieht das anders: Das Urteil wird für mehr Rechts- und Investitionssicherheit umstrittener Vorhaben sorgen und ist ein unverzichtbarer Beitrag zur Stärkung der Beteiligungsrechte.

Kraftwerkgenehmigung Lünen gekippt

Am 10. Dezember 2011 folgte dann der nächste große BUND-Erfolg: Das Oberverwaltungsgericht Münster kippte aufgrund der BUND-Klage die Genehmigung für das Trianel-Steinkohlekraftwerk in Lünen. Der von der Bezirksregierung Arnsberg erlassene immissionsschutzrechtliche Vorbescheid und die erste Teilgenehmigung wurden aufgehoben. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Für den BUND ist das Urteil ein wegweisender Erfolg für den Naturschutz und eine schwere Schlappe der Genehmigungsbehörde in Arnsberg.

Das Gericht war nach insgesamt dreitägiger mündlicher Verhandlung der BUND-Argumentation, wonach die Genehmigung wegen gravierender umweltrechtlicher Verstöße aufzuheben sei, gefolgt. Trotz erheblicher Nachbesserungsversuche war es dem Vorhabensträger Trianel auch in vierjährigem Anlauf nicht gelungen, die Umweltverträglichkeit des Kraftwerks nachzuweisen. Insbesondere der Schutz wertvoller Waldökosysteme vor zusätzlichen Schadstoffeinträgen konnte nicht garantiert werden.

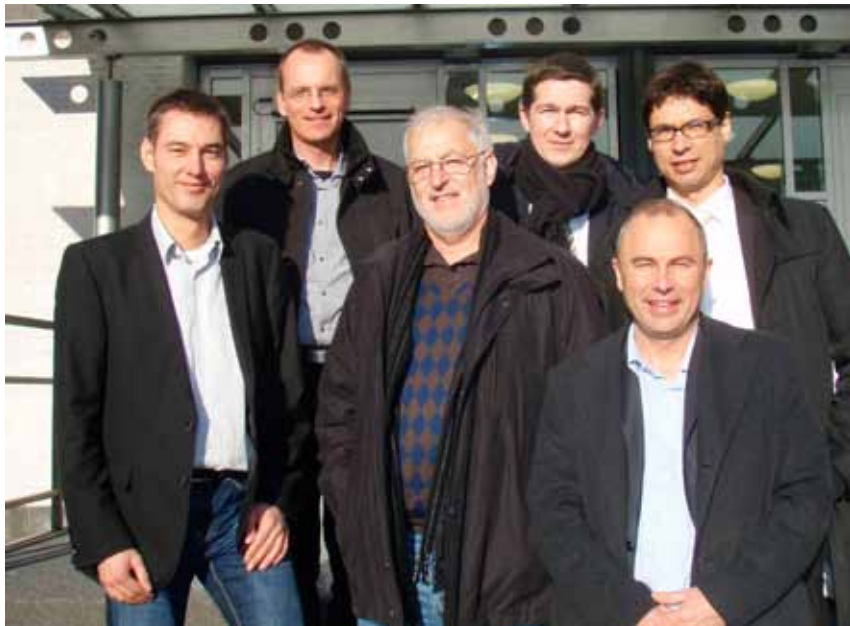
Damit kann das Kraftwerk bis auf weiteres nicht in Betrieb gehen. Als weiteres K.o.-Kriterium kann sich zudem die fehlende wasserrechtliche Genehmigung erweisen. Auch gegen diese geht der BUND v.a. wegen der unzulässig hohen Quecksilbereinträge in die europarechtlich geschützte Lippe juristisch vor.

Als Konsequenz aus dem Urteil forderte der BUND die Landesregierung auf, endlich die landesplanerischen Instrumente zur Konfliktvermeidung anzuwenden. Vor dem Hintergrund weiterer umstrittener Großprojekte in der betroffenen Region wie z.B. dem Kohlekraftwerk Datteln 4 und dem NewPark seien klare Vorgaben zum planerischen Schutz der Natur und der Vermeidung weiterer Fehlinvestitionen notwendig. Der Schutz der menschlichen Gesundheit und der Erhalt der europäischen Naturschutzgebiete müsse besser gewährleistet werden.



So sehen Sieger aus:
Das erfolgreiche BUND-
"Gerichtsteam": Thomas
Krämerkämper, Dirk Jansen,
Paul Kröfges, Tobias Kroll,
Peter Gebhardt, Dirk Teß-
mer (v.l.n.r.)

Fotos: Archiv D. Jansen, G. Goldstein/
Trianel



Aus für Kohlekraftwerk Krefeld

Nach der jahrelangen Kampagne von BUND und Bürgerinitiativen gegen den geplanten Bau des Trianel-Kohlekraftwerks in Krefeld-Uerdingen wendete sich 2011 das Blatt. Die Trianel-Gesellschafterversammlung verabschiedete sich im Juli 2011 von dem Projekt und gab den Weg frei für die Planung eines Gaskraftwerks. Mit dazu beigetragen haben dürfte nicht zuletzt die 355-seitige BUND-Stellungnahme zu dem Vorhaben. Sie belegte die Rechtswidrigkeit der Planungen. Das jetzt geplante, hocheffiziente und flexible Gaskraftwerk

war vom BUND immer favorisiert worden. Es ist nicht nur wesentlich weniger klima- und umweltschädlich als ein Kohlekraftwerk, sondern erfüllt auch besonders gut die Anforderungen des nahe gelegenen Chemieparks nach Dampf und Strom.

Anfang Februar 2012 wurde es dann amtlich: Trianel zog den Antrag auf Genehmigung eines Kohlekraftwerks offiziell zurück und beantragte statt dessen ein Gaskraftwerk. Nach dem vom BUND erreichten Aus des Düsseldorfer Kohlekraftwerksprojekts ist dies ein weiterer Erfolg in der Region. Die Bürgerinnen und Bürger können aufatmen: Zumindest bleiben ihnen jetzt diese ursprünglich geplanten Feinstaub-Schleudern erspart.

Neuer Anlauf für Datteln 4

Begleitet von Protesten des BUND und des Kampagnennetzwerks Campact hat die Verbandsversammlung des Regionalverbands Ruhr im Juni 2011 die Fortsetzung des Regionalplanänderungsverfahrens zugunsten des umstrittenen E.on-Steinkohlekraftwerks Datteln 4 beschlossen. Die AktivistInnen sahen da-



rin eine erneute Lex E.on, womit dem „rechtswidrigen Kraftwerkstorso“ neues Leben eingehaucht werden soll. Ein Verbiegen des Rechts zugunsten des Kraftwerks-schwarzbaus dürfe es nicht geben.

Mit dem Ende der Auslegungsfrist für die beabsichtigte Änderung des Regionalplans Ende Oktober reichte der BUND eine umfangreiche Stellungnahme ein und forderte den Stopp des Verfahrens. 4.500 Protestunterschriften und Einwendungen, die im Rahmen der „Nein zu Datteln 4!“-Kampagne vom BUND, der klima-allianz und den Bürgerinitiativen gesammelt worden waren, wurden ebenfalls eingereicht. Alle Stellungnahmen werden derzeit ausgewertet. Danach muss der RVR entscheiden, ob das Verfahren fortgesetzt werden kann

und ggfs. ein Zielabweichungsverfahren beantragt wird. Der BUND gibt dem hingegen keine Chance, da dem landesplanerische Vorgaben entgegen stehen.



Die BUND-Klage gegen die immissionsschutzrechtliche Genehmigung des Dattelner Kraftwerks sorgte hingegen – auch wenn sie ein Dauerthema der Medien bleibt – eher hinter den Kulissen für rege Auseinandersetzungen. Die Kraftwerks-Genehmigung wurde zwar vom Gericht für rechtswidrig erklärt, das entsprechende Urteil steht aber noch aus. Die BUND-Klage wurde jetzt vom Oberverwaltungsgericht Münster für den 12. Juni 2012 terminiert. Nach der gewonnenen Klage gegen das Lüner Kraftwerk wird der BUND mit großem Optimismus in diese Verhandlung gehen.

Prognosen zum Ausgang des Dauerstreits um Datteln 4 sind schwierig. Solange die Landesregierung nicht nachträglich das Recht verbiegt, sieht der BUND wegen der unheilbaren Planungs- und Genehmigungsmängel keine Chance für den Klimakiller.

Umstrittene Stromleitung

Einen für den BUND unbefriedigenden Ausgang nahm unterdessen der juristische Kampf gegen den Bau der Hochspannungsfreileitung zur Anbindung des Dattelner Kohlekraftwerks an das Stromnetz. Der Bau der neuen knapp 8 Kilometer langen Freileitungstrasse ist mit schweren Eingriffen in Natur und Landschaft verbunden. Der Lebensraum zahlreicher streng geschützter Fledermaus- und Vogelarten wird zerstört. Umweltfreundlichere Trassenvarianten waren verworfen worden.

Dagegen klagte der BUND, wurde aber mit formalen Gründen abgewiesen. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht die Entscheidung bestätigt hatte, reichte der BUND in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde ein und beklagte die Verletzung seines Prozessgrundrechts und des Grundrechts auf Gewährleistung eines effektiven Rechtsschutzes. Ohne Begründung lehnte das höchste deutsche Gericht die Annahme der Beschwerde ab.

Inzwischen ist allen Beteiligten klar: Zur Versorgung der Deutschen Bahn mit Strom ist das Dattelner Kraftwerk nicht nötig. Kostengünstige und einfache Alternativlösungen stehen mit der Installation entsprechender Umrichter zur Verfügung. Es muss auch niemand künftig in Datteln frieren, denn auch die Fernwärmeversorgung der Dattelner ist ohne das Kohlekraftwerk möglich.

Mehr Infos zu allen Kohlekraftwerksprojekten:
www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/kohlekraftwerke



Foto D. Jansen

Die BUNDjugend aktiv im Kampf für den Klimaschutz

Nach dem Erfolg des Klimacamps 2010 hat sich die BUNDjugend NRW im vergangenen Jahr weiter tatkräftig gegen den „Klimakiller“ Braunkohle engagiert. So initiierte die BUNDjugend die Gründung eines Klimacamp-Bündnisses und war in diesem Kontext vielfältig im Rheinischen Braunkohlerevier gegen RWE als größtem Klimakiller Europas aktiv. Im Mittelpunkt der Aktivitäten stand das Klimacamp 2011 am Braunkohletagebau Hambach, das gemeinschaftlich mit fünf Bündnispartnern organisiert und tatkräftig von lokalen Bürgerinitiativen unterstützt wurde.

Vom 26. August bis 4. September 2011 versammelten sich schließlich über 300 Menschen in Kerpen-Manheim unweit der Abbruchkante des Tagebaus. Bei zahlreichen Workshops, Seminaren und Diskussionen informierten sie sich zu den Themen Braunkohle, Klimawandel und Alternativen. Mit Aktionen in dem vom Tagebau betroffenen 1.900-Seelen Ort Manheim, den umliegenden Dörfern und in Köln demonstrierten sie für den Ausstieg aus der Braunkohle. Die Presse berichtete insbesondere über eine 12-stündige Schienenblockade, die zeitgleich zum Klimacamp auf der RWE-eigenen Kohlebahn stattfand.

Das Thema Braunkohle scheint – unter anderem befördert durch die Klimacamps – zunehmend in der Klimabewegung anzukommen. Die Rolle der Braunkohle als Energieträger wird zunehmend erkannt; mehr und mehr Menschen engagieren sich gegen diesen Klimakiller. So gründete das Klimacamp-Bündnis Ende vergangenen Jahres eine Anti-Braunkohle-Kampagne namens >ausgeCO2hlt<, die schon jetzt bis weit über das Rheinland hinaus bekannt ist. Auf bundesweiter Ebene vernetzt sich ausgeCO2hlt mit Anti-Braunkohle-Aktivist:innen in der Lausitz sowie CCS-, Fracking- und Atomkraft-Gegner:innen.



Foto D. Jansen

Was als ein für 40 Personen geplantes Jugendcamp der BUNDjugend startete, ist mittlerweile eine Bewegung geworden. Und obwohl die Kampagne kein reines Jugendprojekt mehr ist, sind zahlreiche Ehrenamtliche des Verbands weiterhin aktiv und streiten engagiert für den Tag, an dem sie sagen können „RWE hat ausgeCO2hlt!“.

Innovationsregion Braunkohlenrevier?

Kann das Rheinische Braunkohlenrevier mittelfristig zur Innovationsregion ohne klimaschädliche Kohle werden? Wie kann der Strukturwandel gelingen? Brauchen wir RWE als Akteur dabei oder geht es nur ohne den Energiemulti? Diese Fragen standen im Mittelpunkt einer vom BUND im Dezember 2011 organisierten Fachtagung in Grevenbroich. Die zahlreichen Teilnehmer:innen hatten dabei Gelegenheit, intensiv mit Fachleuten aus Wissenschaft, Politik und Verwaltung zu diskutieren.

Hintergrund der Debatte ist das von der Landesregierung initiierte Programm „Innovationsregion Rhein-

nisches Revier“. Bis 2050 soll das Braunkohlenrevier danach weitgehend CO₂-neutral werden, eine enorme Herausforderung, denn noch heute ist die Region für mehr als 10 Prozent aller bundesdeutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich.

Der BUND ist mit seinen Fachleuten in den begleitenden Arbeitsgruppen der „Innovationsregion“ vertreten. Dabei ist klar: Das ehrgeizige Ziel wird nur erreichbar sein, wenn keine neuen Kohlekraftwerke genehmigt und die Tagebaugrenzen zurückgenommen werden. Deshalb setzt sich der BUND auf allen Ebenen dafür ein, dass das von RWE geplante BoAplus-Kraftwerk in Niederaußem



Im Dialog RWE Deutschland-Chef Arndt Neuhaus: BUND-Geschäftsleiter Dirk Jansen (l.), sowie Bärbel Höhn und Monika Düker von den Grünen. Foto: R. Lang

nicht genehmigt wird und alle Braunkohlenpläne auf den Prüfstand gestellt werden.

Zu einer „Innovationsregion“ gehört aber auch, dass die Lebensqualität verbessert wird. Feinstaub, Lärm und tagebaubedingte Bergschäden sind aber noch immer unzumutbare Belastungen. Auch hier ist der BUND aktiv: In den Luftreinhalteplan-Projektgruppen bei den Bezirksregierungen Düsseldorf und Köln sowie im Braunkohlenausschuss setzt sich der BUND hartnäckig für einen revierweiten Luftreinhalteplan ein. Auch wenn für Garzweiler schon ein Luftreinhalteplan durchgesetzt werden konnte und ein weiterer in 2012 für Hambach folgen wird, ist die Belastung mit den gesundheits-schädlichen Partikeln weiter hoch.

Mit den von den Bergschäden Betroffenen und den Bürgerinitiativen ist der BUND eng vernetzt. Eine zentrale Forderung dabei ist die nach einer grundsätzlichen Reform des undemokratischen und anachronistischen Bundesberggesetzes, das die Interessen der bergbautreibenden Unternehmen einseitig gegenüber den Grundrechten der Betroffenen bevorzugt. Diesbezüglich kommt der Verfassungsbeschwerde des BUND wegen seiner Obstwiesen-Zwangsenteignung im Tagebau Garzweiler eine wichtige Bedeutung zu. Es mehren sich dabei die Anzeichen, dass die Karlsruher Richter die Beschwerde zur Entscheidung annehmen könnten. Das Jahr 2012 wird insofern spannend werden.

Der BUND-Widerstand gegen die Braunkohle währt nun schon 30 Jahre. Jetzt zeichnet sich endlich ein Silberstreif am Horizont ab. Allen ernst zu nehmenden PolitikerInnen ist inzwischen klar: Die Klimaschutzziele NRWs können nur erreicht werden, wenn wir mittelfristig aus der Braunkohlenverstromung aussteigen. Daran wird der BUND auch zukünftig arbeiten.

Mehr Infos zum Widerstand des BUND gegen die Braunkohle: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/braunkohle

Neuer Schub für Windkraft

Der Weg für den umweltverträglichen Ausbau der Windenergienutzung in NRW ist frei: Im Juli 2011 trat der neue Windenergieerlass in Kraft. Der BUND hatte diesen Erlass im Rahmen der Verbändebeteiligung intensiv begleitet und dabei konkrete Verbesserungen für den Naturschutz eingebracht. Im Rahmen einer Landtagsanhörung verteidigte der BUND gemeinsam mit dem NABU den Erlass gegen die unsachliche und offenbar ideologisch motivierte Kritik v.a. aus den Reihen der FDP.

Durch den Wegfall der Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen und durch die flexiblen Abstandsregelungen erhält die Windkraft einen kräftigen Schub, ohne dass immissionsschutzrechtliche oder naturschutzfachliche Standards aufgegeben werden. Auch die Eröffnung der Möglichkeit zum Bau von Windenergieanlagen in intensiv genutzten Nadelwaldforsten ist aus Naturschutzperspektive akzeptabel. Rahmenbedingungen dafür soll ein noch in Erarbeitung befindlicher Leitfaden „Windenergieanlagen auf Waldflächen“ definieren. Auch dieser wird intensiv von den BUND-Experten begleitet, um natur- und artenschutzrechtliche Standards zu wahren. Unverzichtbar bleibt allerdings eine regionalplanerische Steuerung der Ausweisung von Windkraft-Vorranggebieten.

Ziel der Landesregierung ist es, zwei Prozent der Landesfläche als Windkraft-Vorranggebiet auszuweisen und den Anteil der Windenergie an der Stromerzeugung von heute drei Prozent auf 15 Prozent im Jahre 2020 zu erhöhen. Bei einem konsequenten Ersatz der bereits existierenden 2.820 Altanlagen durch moderne Windräder wäre das rechnerisch mit der annähernd gleichen Anlagenzahl erreichbar.

Auch wenn mit dem Windenergieerlass eine gute Planungsgrundlage vorliegt, werden sich nicht immer alle Konflikte ausräumen lassen. Es wird daher auch weiterhin Aufgabe des BUND bleiben, die notwendigen Maßnahmen zum Erreichen der Klimaschutzziele einzufordern, ohne dabei berechnete Naturschutzbelange zu opfern.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/energie_klima/windkraft



Foto D. Jansen

Biodiversität. Vielfalt erhalten

Die Vielfalt unserer Natur ist bedroht. 50 Prozent aller heimischen Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume sind gefährdet. Für den BUND ist die Sicherung der Vielfalt an Arten und Habitaten deshalb eine vorrangige Naturschutzaufgabe. Die Etablierung eines zweiten NRW-Nationalparks in Ostwestfalen bleibt deshalb ebenso auf der Agenda wie die Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen mit den überfälligen Novellierungen des Landschafts- und Landesjagdgesetzes. Biotop- und Artenschutz findet aber vor allem vor Ort statt. Die vielen Projekte der BUND-Gruppen leisten somit einen unverzichtbaren Beitrag für die biologische Vielfalt.

Unter dem Motto „Wertvolles Naturerbe NRW schützen“ war auch die rot-grüne Landesregierung angetreten, die biologische Vielfalt konsequent zu schützen, gewachsene Kulturlandschaften zu erhalten sowie der Entwicklung von Wildnis Räume zu lassen. Die bisherigen diesbezüglichen Aktivitäten stimmen aber eher nachdenklich: Bislang ist trotz durchaus vorhandener Fortschritte keine konsistente Biodiversitätsstrategie erkennbar. Positiv zu bewerten ist die Aufstockung des Naturschutzetats, die Neubesetzung der Stelle des Leiters Landesbetrieb Wald und Holz und die Sicherung des Etats für das Landesbüro der Naturschutzverbände. Letztere ist ein wichtiger Beitrag zur Stärkung des ehrenamtlichen Naturschutzes und der Verbändebeteiligung.

Großer Schillerfalter ist Schmetterling des Jahres 2011

Seit 2003 kürt die BUND NRW Naturschutzstiftung gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft Rheinisch-Westfälischer Lepidopterologen e.V. den Schmetterling des Jahres. 2011 fiel die Wahl auf den Großen Schillerfalter (*Apatura iris*). Er ist eine der größten und schönsten Tagfalterarten unserer Regionen, aber nicht so leicht zu sehen.

Das bekamen auch die zahlreichen TeilnehmerInnen der Exkursion zu spüren, die dem BUND ins Naturschutzgebiet Königsforst folgten. 14 Tagfalterarten konnten aufgespürt werden, aber der Große Schillerfalter ließ sich bei trübem Wetter nicht blicken.

Mit über sieben Zentimetern Flügelspannweite bei den Weibchen gehört der Große Schillerfalter zu den größten Schmetterlingen Europas. Er verbringt sein kurzes Leben vor allem im Baumkronenbereich naturnaher Laubwälder, in denen die Salweide wächst. Denn diese Baumart dient den Schmetterlingsraupen als Futterpflanze.

Der Große Schillerfalter gehört zu den wenigen Schmetterlingsarten, die sich nicht von Blütennektar, sondern vor allem von Aas und Exkrementen ernähren. Am späten Vormittag fliegen insbesondere die Männchen aus den Baumwipfeln herab, um an feucht-kühlen Waldrändern, auf Lichtungen oder Waldwegen Wasser und Nahrung aufzunehmen. Dabei lassen sie sich schon mal mit stark riechendem Käse anlocken und gut beobachten. Manchmal reichen auch schon die Ausdünstungen interessierter Wanderer.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de/schmetterling2011.htm



BUND-Projekt „Bürgerheide“

Nicht erst seit „Stuttgart 21“ wissen wir: die Bürger wollen und müssen frühzeitig informiert, beteiligt und mit einbezogen werden. Was für große Verkehrsprojekte gilt, gilt natürlich auch für Naturschutzprojekte.

Im Rheinland waren die „Gemeen“, die Gemeindeheiden, einst durch die traditionelle Landwirtschaft der Bevölkerung wesentlich geprägt worden. In der Dellbrücker Heide sind es im 21. Jahrhundert wieder die AnwohnerInnen, die sich auf einer ehemaligen Gemeen, die inzwischen als Naturschutzgebiet ausgewiesen ist, engagieren.

Naturschutz vor Ort verankern, dabei neue MitstreiterInnen binden und eine Anleitung hierfür entwickeln, die übertragbar und im Rahmen ehrenamtlichen Engagements

gements umsetzbar ist – das war eine der Aufgaben des BUND-Projekts „Bürgerheide – wohnortnaher Naturschutz für alle“, gefördert durch die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE). Dieses wurde nun mit Erfolg abgeschlossen.

Die Dellbrücker Heide liegt eingebettet zwischen den Kölner Stadtteilen Höhenhaus und Dellbrück und ist daher einem erheblichem Erholungsdruck ausgesetzt. Auf der anderen Seite birgt ein so großes und breites Interesse an unverbrauchter Landschaft auch Chancen. Die Frage ist nur, ob und wie man diese zu Gunsten des Naturschutzes nutzen kann.

Dank gezielter Öffentlichkeitsarbeit konnte eine wachsende Reihe von AnwohnerInnen aktiviert werden, die sich regelmäßig zu Arbeitseinsätzen zusammenfanden. Aus diesem Kreis bildete sich ein Organisationsteam heraus, das auch immer mehr Managementaufgaben übernahm. Die Neumitgliedschaften stiegen mit der zunehmenden Wiederherstellung zuvor verbuschter Zwergstrauchheiden und Sandtrockenrasen. Inzwischen hat sich eine selbständige AG ähnlich einer Ortsgruppe etabliert.

Die Ergebnisse dieses Projekts werden in einem Handlungskatalog zusammengestellt und BUND-Gruppen und -Aktiven zur Verfügung gestellt werden.

Mehr Infos: www.dellbruecker-heide.net



Naturschutz macht Spaß: Unter der Anleitung von BUND-Projektleiter Holger Sticht entbuschen Jugendliche die Dellbrücker Heide.

Foto: M. ClausHallmann



BUND gewinnt Biber-Klage

Nach einer Klage des BUND hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Planfeststellungsbeschluss des Landrats des Kreises Kleve zur Verfüllung des Tweestroms aufgehoben. Damit setzte sich der BUND auf ganzer Linie durch, Kammolch, Kleiner Wasserfrosch und Biber können aufatmen.

Der Tweestrom genannte Altrheinarm bei Kleve ist Teil einer wichtigen Biotopverbundachse. Er stellt die einzige Verbindung des europarechtlich geschützten FFH-Gebiets ‚Rindernsche Kolke‘ mit dem Landschaftsschutzgebiet ‚Kermisdahl‘ dar. Der Altrheinarm ist auch Lebensraum für zahlreiche geschützte Tierarten.



Foto: J. Bredemorn/pixelio.de

Der Planfeststellungsbeschluss gestattete der Stadt Kleve, den Tweestrom in einem Teilstück aufzuheben und zu verfüllen. Damit sollte Platz für ein Betonfertigteilewerk geschaffen werden. Die Naturschutzverbände erhoben gegen die teilweise Beseitigung des Gewässers frühzeitig Bedenken. Der Kreis Kleve verwarf diese, woraufhin der BUND im Februar 2009 beim Verwaltungsgericht Düsseldorf Klage einreichte.

Der BUND begründete seine Klage mit gravierenden Planungsdefiziten und Verstößen gegen das Naturschutz-, Artenschutz- und Wasserrecht. Das Gericht bestätigte am 3. August 2011 die BUND-Rechtsauffassung. Gemäß Urteil verstößt der Planfeststellungsbeschluss gegen zwingende wasserrechtliche Vorgaben. Diese erlaubten eine Verschlechterung des ökologischen Zustands eines Gewässers nur bei einem übergeordneten öffentlichen Interesse. Darunter könnten zwar im Hinblick auf Arbeitsplätze und Steuereinnahmen auch gewerbliche Belange fallen, erforderlich sei jedoch eine nicht unerhebliche volkswirtschaftliche Bedeutung. Eine solche sei hier angesichts der lokalen Begrenzung auf die Stadt Kleve nicht gegeben.

Für Charly Burmeister von der BUND-Ortsgruppe Kleve ist das ein Riesenerfolg: „Das Urteil weist in die Zukunft, schließlich gilt das Verfahren als Musterprozess. Hier wird nicht nur für Kleve sehr deutlich gemacht, dass nicht jeder kleine Betrieb die Macht hat, Gewässer zu zerstören, nur weil dies als Wirtschaftsförderung ausgegeben wird. Auch Städte müssen einsehen, dass Wasser ein sehr hohes Gut ist, das es zu schützen gilt.“

VG Düsseldorf, Aktenzeichen: 10 K 473/09

Orchideenschutz im BUND

Die Erforschung, der Schutz und die Erhaltung der heimischen Orchideen-Flora ist Aufgabe und Passion des Arbeitskreises Heimische Orchideen (AHO) im BUND NRW. Etwa 280 aktive Mitglieder engagieren sich im AHO.

Orchideen in unseren Breiten sind meist Pflanzen in einer Kulturlandschaft, die sich ihren Lebensraum mit vielen anderen (seltenen) Pflanzen und Tieren teilen. Nur eine extensive Nutzung sichert ihr Überleben. Ökologisch wertvolle Gebiete, die durch das Fehlen extensiver Nutzung verbuscht oder verkrautet sind, werden dabei von den OrchideenschützerInnen in einer so genannten Erstpflege entbuscht, gemäht und freigeräumt. Gebiete, die nicht in Nutzung genommen werden können, werden regelmäßig gepflegt.

Eine intensive Öffentlichkeitsarbeit gehört ebenfalls dazu. Der AHO NRW veranstaltet Regionaltreffen, hält Diavorträge, richtet Seminare aus und bietet Exkursionen an. Eine mobile Stellwand-Ausstellung sowie rahmenlose Bildträger mit Fotos und Kurztexten zum Thema „Heimische Orchideen“ stehen zur Verfügung. Gemeinsam mit den Arbeitskreisen der anderen Bundesländer kürt der AHO NRW auch die Orchidee des Jahres. In 2011 fiel die Wahl auf die Zweiblättrige Waldhyazinthe (*Platanthera bifolia*). Ihr Bestandsrückgang

beruht darauf, dass naturnahe, ungedüngte Wiesen und Heiden als Lebensräume verloren gegangen sind.

Wissenschaftliche Grundlagenarbeit ist ebenfalls unverzichtbar. Der AHO NRW versucht möglichst alle Vorkommen der Orchideen in NRW – aktuell und historisch – zu erfassen. Mitarbeiter und Freunde des AHO NRW kartieren hierzu Fundorte nach einer speziellen Kartierungsanleitung. Gleichzeitig werden jährlich Kartierungsexkursionen durchgeführt und Literaturangaben zur Verbreitung der heimischen Orchideenarten gesichtet und ausgewertet.

Unverzichtbar dabei ist die Kooperation mit lokalen Naturschutzverbänden, Behörden und Biologischen Stationen, z.B. zur Abstimmung von Schutzmaßnahmen für Orchideen-Biotop. Der AHO NRW steht natürlich auch allen Interessierten für fachlichen Rat und praktische Hilfe zur Verfügung.

Mehr Infos: www.aho-nrw.de

Wildkatzenprojekt in NRW gestartet

Der BUND-Landesverband hat Ende 2011 in Nordrhein-Westfalen ein Projekt zum Schutz des „Eifeltigers“ gestartet. Dieses Projekt ist Teil eines bundesweiten BUND-Wildkatzenprojekts im Rahmen des Bundesprogramms „Biologische Vielfalt“ zur Umsetzung der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt. Innerhalb der nächsten drei Jahre sollen Waldgebiete in der Eifel mit Unterstützung des NRW-Umweltministeriums ökologisch aufgewertet werden. Ziel ist, dass sich die dort lebenden Wildkatzen vermehren und wieder die umliegenden Wälder besiedeln.

In Abstimmung mit den örtlichen Forstämtern wird der BUND dazu insbesondere Waldränder wieder natürlich und strukturell gestalten. Breite Waldränder mit Sträuchern und vorgelagertem Krautsaum sind bevorzugte Lebensräume von Wildkatzen und dazu auch besonders artenreich. Als Grenze zwischen Wald und Kulturland sind sie bandförmig und haben daher eine große Bedeutung für die Biotopvernetzung – nicht nur für Wildkatzen. Zur

Aufzucht der Jungen brauchen Wildkatzen ungestörte Schlaf- und Wurfplätze, zum Beispiel stehende Wurzelstämme, Baumstümpfe oder alte Bäume mit Höhlen. Daher soll in der Eifel die forstliche Bewirtschaftung von ökologisch besonders wertvollen Altholzbeständen reduziert oder dauerhaft eingestellt werden.

Parallel wird durch Gewinnung von Haarproben von Wildkatzen mithilfe der sogenannten Lockstockmethode, deren genetische Analyse und den Aufbau einer bundesweiten Gendatenbank die wesentliche Voraussetzung geschaffen, aktuelle und kommende Vernetzungsstrukturen zu optimieren.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/wildkatze



Foto: M. Demmerle

Klage gegen gräfliche Rennstrecke im Naturpark

Ende September 2011 wurde mit großem Brimborium der Grundstein für eine Auto-Rennstrecke mitten im Naturpark Teutoburger Wald/Eggegebirge gelegt. Einzig der BUND und die Anwohner wollten nicht mitfeiern – im Gegenteil. Um die Skandalstrecke zu stoppen, hat der BUND beim Verwaltungsgericht Minden Klage gegen die Genehmigung zur Errichtung und dem Betrieb der geplanten Renn- und Teststrecke Bilster Berg erhoben. Der BUND kritisiert vor allem die unzulässig hohen Lärmbelastungen und Verstöße gegen das Naturschutzrecht. Unterstützt wird die Klage von der Interessengemeinschaft „Ruhe am Bilster Berg“.

Auf dem 85-Hektar-Gelände eines ehemaligen Munitionsdepots der britischen Rheinarmee bei Bad Driburg plant Marcus Graf von Oeynhausen-Sierstorff das „Drive Resort Bilster Berg“ mit einer insgesamt 4,2 Kilometer langen Auto-Rennstrecke. Trotz wiederholt vorgetragener Bedenken des BUND und anderer Naturschutzverbände hatte der Kreis Höxter am 29. Juli 2011 die erste Teilgenehmigung für die Rennstrecke erteilt. Dagegen richtet sich die Klage. Neben dem BUND hatten auch betroffene Anwohner aus den angrenzenden Ortschaften Klagen eingereicht.

Für den stellvertretenden BUND-Landesvorsitzenden Bernd Meier-Lammering ist die erteilte Genehmigung eindeutig rechtswidrig: „Weder der Lärmschutz wurde ausreichend berücksichtigt, noch das Naturschutzrecht.“ Insbesondere seien die potenziellen schädlichen Auswirkungen auf streng geschützte Tierarten wie Geburtshelferkröte, Haselmaus, Fledermäusen und Wildkatze nicht hinreichend untersucht worden.



Grafik: www.bilster-berg.de

Ein Platz für Spatz & Co. – Artenschutz an Gebäuden

Seit der Mensch Gebäude errichtet, gehören tierische „Untermieter“ in seine unmittelbare Umgebung. Sei es der Spatz unterm Dach, der Hausrotschwanz in einer Mauernische oder die Fledermaus hinter der Schieferfassade.

Wärmedämmung an Gebäuden hat für die Einsparung von Energie große Bedeutung, denn immerhin 40 Prozent der CO₂-Emissionen stammen aus dem Gebäudebereich. Leider haben Sanierungen meist als Nebeneffekt, dass die „Untermieter“ ihren Brutplatz oder Lebensraum verlieren, da alle Nischen und Hohlräume verschlossen werden. Dies stellt mittelfristig einen wesentlichen Gefährdungsfaktor für die Gebäudebrüter dar.

Der BUND Landesverband NRW hat 2011 mit Unterstützung der Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen (SUE) ein Projekt gestartet, um Wärmedämmung und Artenschutz miteinander zu kombinieren. Es gibt bereits viele kostengünstige Möglichkeiten zur Integration von Nisthilfen in Wärme-Dämm-Verbundsysteme; in der Praxis sind sie aber noch weitgehend unbekannt und werden daher nur selten eingesetzt. In dem Projekt sollen zunächst Wohnungsbaugenossenschaften

als Projektpartner gewonnen werden, später dann auch Architekten, die Städte und Kreise sowie private Hauseigentümer.

Mehr Infos: www.gebaeudebrueterschutz.de



Nationalpark Senne

Seit vielen Jahren kämpfen die NRW-Naturschutzverbände für einen Nationalpark in der Region Ostwestfalen-Lippe. Auf Initiative des Kreises Lippe mit dessen CDU-Landrat an der Spitze und mit Unterstützung der rot-grünen Landesregierung in NRW soll jetzt im Teutoburger Wald und der angrenzenden Egge ein Nationalpark mit ca. 8.650 Hektar eingerichtet werden. Nach dem Ende der militärischen Nutzung auf dem angrenzenden Truppenübungsplatz Senne könnte der Nationalpark dann um ca. 11.000 Hektar erweitert werden.

Doch dagegen regt sich Widerstand. Lobbyisten einer ungehemmten Waldnutzung laufen Sturm gegen den Nationalpark. Unterstützung finden die Kritiker bei der CDU-Landtagsfraktion. Sie stellte im Parlament den Antrag, die Realisierung von Teillösungen für einen künftigen Nationalpark zurückzustellen und der Bundeswehr eine Folgenutzung der Senne nach Abzug der britischen Streitkräfte zu ermöglichen. Damit aber würde die Realisierung des lange überfälligen Großschutzgebietes auf den St. Nimmerleinstag verschoben, kritisierten BUND und NABU auf einer Landtags-Anhörung. 80 Prozent der Bevölkerung unterstützen die Planungen für einen

Nationalpark im Bereich des Teutoburger Waldes. Auch wirtschaftlich würde er die Region voran bringen.

Die Naturschutzverbände haben deshalb eine gemeinsame Koordinierungsstelle für den Nationalpark eingerichtet und werden in 2012 ihre Anstrengungen verstärken, damit der zweite Nationalpark in NRW endlich Realität wird.

Mehr Infos: www.nationalpark-ja-bitte.de



Neue Heimat für Springfrosch und Zwergtaucher

Das BUND-Projekt „Quarzgrube Brenig“ bei Bornheim (Rhein-Sieg-Kreis) schreitet erfolgreich voran. Die Kaufverträge für die letzten Parzellen des circa 25 Hektar großen Gebietes liegen beim Notar zur Unterschrift. Die mit Fördergeldern der EU finanzierten Pflegemaßnahmen wurden erfolgreich umgesetzt und längst ist um das Projekt ein großer und fester Kreis aktiver Menschen aus Bornheim und Alfter entstanden, die das Gebiet mit viel Engagement betreuen.

Die Investitionen der EU, der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, des Vogelschutz-Komitees, der HIT Umwelt- und Naturschutzstiftung und des BUND haben sich gelohnt. Das zeigen spätestens die Ergebnisse der ersten drei Kartierungen, die in 2011 durchgeführt werden konnten. Erfasst wurden die Vögel, Amphibien und Reptilien. Der Springfrosch, eine der vorhandenen Zielarten, nahm sofort etliche der neuen Gewässer als Laichplatz an. Der Zwergtaucher, neu im Gebiet, brütete erfolgreich. Insgesamt konnten 66 Vogelarten, vom durchziehenden Bruchwasserläufer über den Pirol bis zur brütenden Turteltaube, nachgewiesen werden.

Die BUND-Aktiven um Achim Baumgartner sind jetzt gespannt, wie sich die Entwicklung weiter fortsetzt und wann etwa die Uferschwalben die wieder freigestellte, ehemals bewohnte Steilwand für sich entdecken.

Interessierte können in dem Naturschutz-Kleinod im Rahmen geführter Exkursionen mit den BUND-Experten auf Entdeckungstour gehen.

Mehr Infos: www.quarzgrube-brenig.de

Klage für besseren Vogelschutz

Im Zuge der Regionale 2010, einem Förderprojekt des Landes NRW, wird auf dem Drachenfelsplateau unterhalb der deutschlandweit bekannten Burgruine im Siebengebirge ein zweistöckiges Glaskubus-Restaurant errichtet.

Der BUND hatte noch vor dem Wettbewerbsverfahren für den Bau auf die absehbaren Konflikte zwischen großen Panoramaglasscheiben und dem Vogelschutz hingewiesen. Denn seltene Ammerarten und Greifvögel brüten in unmittelbarer Nähe zu dem Objekt, das mitten im Fauna-Flora-Habitat- und Naturschutzgebiet entstehen soll.

Doch anstatt nach einer vogelverträglichen baulichen Lösung zu suchen, wurde schließlich ausgerechnet der Glaskubus zur Ausführung bestimmt. Gegen den Genehmigungsbescheid der Kreisverwaltung Siegburg hat der BUND NRW, finanziell unterstützt vom Vogelschutz-Komitee, Klage erhoben.

Dabei wäre eine Lösung des Konfliktes einfach gewesen. Im europäischen Umland sind spezielle Vogelschutzmarkierungen an Glasscheiben längst erprobt und allgemein akzeptiert. Die Entscheidung über die Klage steht noch aus. Traurig genug, dass der BUND naturschutzfachliche Selbstverständlichkeiten auf dem Gerichtswege durchsetzen muss.

Die Quarzgrube Brenig entwickelt sich zu einem Kleinod des Naturschutzes.

Fotos: A. Baumgartner, D. Jansen



Internationales Jahr der Wälder

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2011 zum „Internationalen Jahr der Wälder“ erklärt. Anlass auch für den BUND, vor allem die Rolle der Wälder beim Schutz der Artenvielfalt ins Blickfeld zu rücken. Denn der Wald ist nicht primär ein Wirtschaftsgut für die Holzindustrie, er ist vor allem ein Refugium für viele seltene Pflanzen und Tiere. Darunter viele bedrohte Arten wie Luchs, Wildkatze, Rauhfußkauz und Grauspecht. Der Wald hat aber auch eine wichtige Funktion beim Klimaschutz und ist ein unverzichtbarer Erholungsraum für die Bevölkerung.

Ohne den prägenden Einfluss des Menschen wäre Nordrhein-Westfalen praktisch vollständig bewaldet. Heute sind nur noch 27 Prozent der Landesfläche mit Wäldern bewachsen. Circa 99 Prozent davon werden forstwirtschaftlich genutzt. Und der Wald ist ernsthaft krank. Nur noch ein knappes Viertel gilt aktuell als gesund, was einen historischen Tiefstand bedeutet. Ursache hierfür sind neben forstlichen Fehlentwicklungen die noch immer hohen Schadstoffeinträge aus Straßenverkehr, Industrie und Intensivlandwirtschaft. Mit dem Klimawandel sind neue Herausforderungen zu meistern.

Nur gewachsene, selbstorganisierte und damit artreiche Waldökosysteme werden in der Lage sein, sich dem Klimawandel anzupassen, den Rohstoff Holz zu liefern und alle Gemeinwohlfunktionen wie Erholung und Naturschutz zu erfüllen. Notwendig ist auch, die Jagd konsequent an den übergeordneten Aufgaben des Arten- und Biotopschutzes auszurichten. Im UN-Jahr der Wälder hat sich der BUND auf allen politischen Ebenen

für diese Ziele eingesetzt – auch durch konkrete Projekte wie das zur Wildkatze.

Problemfall „Brachter Wald“

Ob ausufernde Weihnachtsbaumkulturen im Sauerland, Kahlschläge an Autobahnen oder die geplante waldfressende Erweiterung des „Phantasialandes“ bei Brühl: landauf, landab gibt es Konflikte beim Schutz des Waldes. Ein BUND-Schwerpunkt in 2011 war dabei die Auseinandersetzung im Naturschutzgebiet Brachter Wald am Niederrhein.

In dem im Besitz der NRW Stiftung befindlichen völlig eingezäunten Naturschutzgebiet „Brachter Wald“ haben privat-jagdliche Interessen zu einer dramatischen Überpopulation von Damwild geführt. Seit langem wird um eine Lösung gerungen. Eine von der Landesregierung eingesetzte Arbeitsgruppe, die sich im Wesentlichen aus Jägern und an der Jagd Interessierten zusammensetzte, scheiterte. Erst nach Intervention der Naturschutzverbände werden zukünftig auch diese beteiligt.

Dem BUND versprach der zuständige Naturschutzminister Johannes Rimmel, dass jetzt ein neues Bewaldungskonzept erarbeitet wird. Danach soll der Zaun um das Naturschutzgebiet abgebaut werden.

Waldstrategie überfällig

Der von der Landesregierung angekündigte Paradigmen-Wechsel – weg vom Forst und hin zum Wald – ist lobenswert. Bei der geplanten Novellierung des Landeswaldgesetzes und der „Waldstrategie 2050“ sieht der BUND allerdings noch Defizite. Zu sehr stehen noch immer die Belange der Holz verbrauchenden Industrie im Vordergrund. Zu wenig finden die Belange des nachhaltigen Naturschutzes, der Artenvielfalt im Wald und der Naherholung für die Bürger Beachtung bei den verantwortlichen Behörden und in der Politik.

Die Ankündigung der Landesregierung, künftig keine Staatswaldflächen mehr zu veräußern und diesen Wald flächendeckend nach FSC zu zertifizieren, wird vorbehaltlos unterstützt.

Auch beim Thema „Straßenbäume“ gibt es – trotz vieler grundsätzlicher Meinungsverschiedenheiten beim Umgang mit Bäumen – auch Gemeinsamkeiten mit dem Landesbetrieb Straßen NRW. So wurde etwa zusammen das A 42 Modellprojekt „AS Bladenhorst“ entwickelt, das beweist, dass sich die Verkehrssicherungspflicht und eine naturbelassene Wildnis entlang einer Autobahn nicht gegenseitig ausschließen müssen.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/naturschutz



Gewässerschutz. Lebensadern bewahren

Fließgewässer und ihre Auen sind Lebensadern der Biodiversität in unserer Landschaft. Doch aktuell verfehlt der Großteil der Bäche und Flüsse in NRW den geforderten guten ökologischen Zustand. In den meisten Fällen sind ihre Auen dem intensiven Ausbau und der Nutzung zum Opfer gefallen. Heute ist die Fauna und Flora vieler Gewässer ebenso monoton wie ihr kanalisiertes Aussehen. Um weitere Verschlechterungen zu vermeiden, muss konsequent gehandelt werden.

Auch der Schutz des Trinkwassers verdient mehr Beachtung. PFT und andere Problemchemikalien, Gülle und der Raubbau an unserem Grundwasser gefährden unser Lebensmittel Nummer 1. Der BUND setzt sich daher auf allen Ebenen für mehr Gewässerschutz ein - mit Erfolg.

Freiwillige vor – Umsetzungsfahrpläne in NRW

Lebendige Gewässer" heißt das zentrale Element der Wasserrahmenrichtlinienumsetzung in Nordrhein-Westfalen, das sich mit der Renaturierung der Gewässer und der Verbesserung der Lebensbedingungen für die Tiere und Pflanzen beschäftigt. Damit endlich (mehr) Bewegung in die Umsetzung kommt, sollen jetzt gemeinsam erarbeitete Umsetzungsfahrpläne mehr Planungssicherheit für die Maßnahmenträger bringen und eine ökologisch sinnvolle Reihenfolge der Gewässerverbesserungen festlegen. Das Land möchte außerdem mit den Umsetzungsfahrplänen seiner Berichtspflicht an die EU nachkommen und nachweisen, dass sich etwas im Gewässerschutz bewegt.

Dazu wurden landesweit circa 80 Kooperationen mit weit über 100 Arbeitsgruppen gebildet. In vielen Gruppen sind BUND-Aktive dabei, oft von Anfang an, doch manchmal auch erst auf hartnäckige Anfrage. Ihre Bilanz am Ende des Jahres 2011 fällt dabei gemischt aus. In einigen Kooperationen gab es einen intensiven Diskussionsprozess, bei dem eng an den Karten und Unterlagen gearbeitet wurde. Hier konnten die Teilnehmer viele eigene Ideen einbringen, die dann auch Aufnahme in den Plan fanden oder kritische Eingriffe in Natur und Landschaft frühzeitig verhinderten. Einige Akteure empfanden die Arbeit an den Umsetzungsfahrplänen aber auch als sehr unbefriedigend, vor allem wenn ständig die Bedenken einiger Interessengruppen im Vordergrund standen. Mangelnde Finanzierungsbereitschaft und ermüdende Diskussionen über Flächenbereitstellung und Freiwilligkeit haben viele gute Renaturierungsideen schon im Keim erstickt.

Für das Frühjahr 2012 steht die Fertigstellung der Umsetzungsfahrpläne an. Danach gibt es keine Ausreden mehr, nicht mit der Umsetzung von Maßnahmen



Foto BUND Henne

zu beginnen. Wir sollten den weiteren Fortgang kritisch begleiten und frühzeitig auf Defizite hinweisen.

BUND-Erfolg: Wasserent für Braunkohle

Eine Erfolgsgeschichte für den Gewässerschutz ist die Novellierung des Wasserentnahmementgelt-Gesetzes (WasEG), die nicht nur den Fortbestand dieser wichtigen Regelungsabgabe sichert, sondern auch langjährige Forderungen des BUND aufgreift. So werden endlich die gigantischen Wassermengen, die für die Braunkohleförderung aus dem Boden gepumpt werden, der Abgabepflicht unterworfen. Die jahrzehntelange Privilegierung dieser einzigartigen Zerstörung unseres Grundwasserschatzes wurde damit beendet. Dafür hatten die BUND-Vertreter in zwei Landtagsanhörungen geworben.

Auch für andere Entnahmen bei der Gewinnung von Bodenschätzen wurde ein Wasserentnahmementgelt fällig. Insgesamt wurden die Abgaben moderat angehoben und finden sich jetzt im oberen Mittelfeld des bundesweiten Vergleichs. Von großer Bedeutung ist auch die Festschreibung einer Zweckbindung der Mittel für den Gewässerschutz und die Altlastensanierung; die Finanzierung vieler Renaturierungsmaßnahmen ist dadurch endlich gesichert.

Offene Baustellen

Im Vorfeld der Landtagswahlen 2010 hat der BUND verschiedene Forderungen für eine verbesserte Gewässerpoltik aufgestellt, darunter die Notwendigkeit

einer schnellen und flächendeckenden Renaturierung, einer maßgeblichen Verringerung von chemischen Belastungen, eines verbesserten Grundwasserschutzes und der Erhaltung des Wasserentnahmetgelts. Der Koalitionsvertrag ließ die Hoffnung aufkeimen, dass es zu einer grundsätzlichen Änderung der Gewässerpolitik kommen würde. Doch mit Ausnahme des WasEG ließen sich 2011 nur kleine Fortschritte erkennen. Vor allem bei der Umsetzung der WRRL verfestigen sich viele Kompromisslösungen der Vorgängerregierung zu einem Dauerzustand. Nach wie vor gelten 60 Prozent der Gewässer als erheblich verändert, fehlen strengere Anforderungen an die Landwirtschaft sowie die chemische Industrie und vor allem steht die dringend erforderliche Anpassung des Landeswassergesetzes aus. Letztere soll jetzt in 2012 angepackt werden.

Dauerbrenner Gülle – „Wirtschaftsdünger“ belasten das Grundwasser

Der aktuelle WRRL-Bewirtschaftungsplan weist für mindestens 30 Prozent der Landesfläche chemisch belastete Grundwasserkörper nach. Ursache ist in fast allen Fällen eine überhöhte Konzentration von Nitrat, das bei Werten über 50 mg/l nicht nur die Gesundheit der Menschen beeinträchtigt, sondern auch zur Überdüngung von Quellen, Fließgewässern und dem Meer beiträgt. Eine wesentliche Quelle dafür ist die Landwirtschaft, die mit der Massentierhaltung und Importen aus den Niederlanden regional zu einem massenhaften Eintrag dieses Stoffes in das Grundwasser beiträgt. Auch erweisen sich die zahlreichen Biogasanlagen als eine weitere Quelle sogenannter Wirtschaftsdünger, die in so großer Menge anfallen, dass man eher von Abfallbeseitigung sprechen muss.



Zur Eindämmung dieser Belastungen setzt die Landwirtschaft zur Zeit vor allem auf freiwillige Maßnahmen. Das Land fördert dazu mit drei Millionen Euro pro Jahr ein Beratungsprogramm, das auf der Ebene der Bezirksregierungen durch spezielle Arbeitsgruppen für Wasserqualität begleitet wird. Die Naturschutzverbände sind dabei durch das Wassernetz NRW vertreten.

Später dicht? – Gerangel um die Dichtheitsprüfung

2005 hatte die schwarz-gelbe Regierungskoalition die Dichtheitsprüfung der Hausanschlüsse in das Landeswassergesetz aufgenommen und dabei auch strikte Fristen festgelegt. Gerade im vergangenen Jahr ist die Umsetzung dieser Vorschriften unter dem erkennbar werdenden Zeitdruck allmählich in Fahrt gekommen. Und obwohl die Verwaltungsvorschriften eine differenzierte Betrachtung der Schäden ermöglichen, zeigte sich, dass es in einigen Regionen einen erheblichen Handlungsbedarf gibt, um das Austreten von Hausabwässern in das Grundwasser zu vermeiden.



Doch im Laufe des Jahres 2011 geriet Rot-Grün unter Handlungsdruck. Jetzt fordert die Opposition die Rücknahme der Prüf- und Sanierungsverpflichtungen. Der BUND hat sich in einem Schreiben an den Unterausschuss ausdrücklich für die Beibehaltung der Dichtheitsprüfung ausgesprochen und wird den Novellierungsprozess im Jahr 2012 kritisch begleiten.

Erfolgreicher Neustart – Der Landesarbeitskreis Wasser

Mit etwa 10 TeilnehmerInnen waren die Sitzungen des BUND-Landesarbeitskreises Wasser im vergangenen Jahr gut besucht. Das aktuelle Konzept des AK setzt auf eine gezielte Schwerpunktsetzung für die einzelnen Sitzungen, zum Beispiel zu Grundwasserschutz/Landwirtschaft, Wasserkraft oder Renaturierungsmaßnahmen. Weitere InteressentInnen sind jederzeit willkommen.



Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/wasser oder www.wassernetz-nrw.de



Kampf gegen den Ausbau des Godorfer Hafens geht weiter!

Seit vielen Jahren kämpft der BUND in Köln gemeinsam mit der örtlichen Aktionsgemeinschaft für den Erhalt des Naturschutzgebiets Sürther Aue und gegen die überflüssige Erweiterung des Godorfer Hafens. Nachdem im März 2011 das Oberverwaltungsgericht Münster den Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau des Godorfer Hafens aufgehoben hatte, kam es auf Initiative der SPD in Köln am 10. Juli 2011 zur ersten Kölner Bürgerbefragung. Mittendrin dabei: der BUND.

Diese ging deutlich zugunsten der Ausbaueegner aus: Rund 73.000 der befragten BürgerInnen – und damit eine Mehrheit von 56 Prozent – stimmten bei der Bürgerbefragung gegen den Ausbau des Godorfer Hafens. Zudem siegten die Ausbaueegner in der Mehrzahl der Kölner Stadtbezirke und nicht nur im Kölner Süden. Das ganze Ausmaß des Abstimmungserfolges wird deutlich, wenn man die Kräfteverhältnisse in diesem ungleichen Kampf berücksichtigt. Der gesamte Kölner Klüngel warf sein politisches, mediales, wirtschaftliches und institutionelles Gewicht in die Waagschale. Rund 30.000 Euro Budget der Ausbaueegner standen weit über 400.000 Euro Wahlkampfkasse der Ausbaubefürworter gegenüber. Es spricht für die Argumente und das große Engagement aller MitstreiterInnen gegen den Hafenausbau in ganz Köln, dass dieser Wahlkampf gewonnen wurde.

Trotzdem war dies ein Pyrrhussieg, denn die Ratsmehrheit hatte zuvor ein Quorum von 10 Prozent der Wahlberechtigten (87.901 Stimmen) für die Ablehnung des Ausbaus vorgegeben. Bei dessen Nichterreichung sollte der Ausbaubeschluss des Rates weiterhin gelten. Genau dies trat ein.

So sind letztlich die Gräben zwischen den streitenden Parteien noch tiefer geworden, und die Skepsis des BUND gegenüber einer Bürgerbefragung in dieser Art hat sich bestätigt. Sie diente letztlich nur dazu, bei voraussehbarem Ergebnis („Quorum nicht erreicht“) nachträglich eine Legitimierung für das juristisch gescheiterte Bauvorhaben zu bekommen. Dem gegenüber stand die frühe Forderung des BUND, sich auf eine 10 Prozent Wahlbeteiligung als Mindesthürde zu beschränken und eine einfache Mehrheitsentscheidung ohne Quorum zu akzeptieren.

Die Planungen zum Hafenausbau werden somit unvermindert fortgesetzt. Schließlich, so die bittere Erkenntnis, kann man Planfeststellungsverfahren ja so lange durchführen, bis irgendwann das gewünschte Ergebnis erzielt wird. So denken sich dies wohl die VertreterInnen von CDU und SPD und haben nun eine neue Runde eingeläutet.

Für den BUND ist klar: Wer einen Marathon läuft, gibt nicht auf den letzten 500 Metern auf. Denn diese unendliche Geschichte der Hafenausbauwahnvorstellung geht bald in ihr 30. Jahr. Mal war der Naturschutz im Wege, ein anderes Mal die fehlende Wirtschaftlichkeit. Eine große Zahl der Kölner BürgerInnen ist immer gegen das Projekt gewesen. Alle Hürden und Argumente gegen den Hafenausbau haben mehr denn je Bestand – leider auch der Hang bestimmter Entscheidungsträger, öffentliche Haushalte für längst gescheiterte Projekte zu belasten. So ist der Hafenausbau in Godorf unnötig und unwirtschaftlich, er zerstört ein Naturschutzgebiet und basiert auf der mittlerweile vollständig widerlegten Behauptung, dass die Kapazitäten im Niehler Hafen erschöpft seien.

Apropos Naturschutzgebiet: nie war es so wertvoll wie heute. Die Kompensationsmaßnahmen wurden bereits im Vorgriff umgesetzt, und die vermeintliche Baufläche wird seit der Rodung extensiv mit Ziegen beweidet. Die Anzahl geschützter Arten und damit die Zahl der Argumente dürfte seit dem letzten Ausbaueversuch noch einmal enorm zu Gunsten des Naturschutzes gestiegen sein. Da bleibt also ausreichend Luft für ein siegreiches Finish.



Ortstermin in der Sürther Aue: Der BUND-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Hubert Weiger (2.v.l.) und der BUND-Verkehrsexperte Dr. Werner Reh unterstützten die „Auenkrieger“ Holger Sticht (l.) und Paul Kröfges (r.)

Foto: D. Putscher

Agrarwende. Gesunde Nahrung, gesunde Tiere

Die BUND-Aktivitäten für eine umwelt- und tierschutzgerechte Landwirtschaft umfassen eine breite Themenpalette von Gentechnik über Tierhaltung bis hin zu Agrarsubventionen, Biogasanlagen, Ökolandbau, Streuobstwiesenschutz u.v.m. Vor allem der anhaltende Bau neuer Mastanlagen löst weiterhin an vielen Orten Sorge, Empörung und kritische Debatten aus, und so wurde im Jahr 2011 die Auseinandersetzung mit der Intensivtierhaltung ein Schwerpunkt unserer Arbeit. In bewährter Zusammenarbeit mit unserem Bundesverband und gemeinsam mit unseren Gruppen vor Ort mischten wir uns engagiert und streitbar in politische und öffentliche Diskussionen ein und drängten in vielen Themenfeldern auf eine Neuausrichtung der NRW-Agrarpolitik. Dabei standen wir vielfach auch den Medien Rede und Antwort.

Für gentechnikfreie Landwirtschaft

Wie bereits in den Vorjahren waren die Äcker in NRW auch im Jahr 2011 gentechnikfrei. Das nationale Anbauverbot für den MON 810-Mais hatte Bestand, und der von der Bundesregierung propagierte Anbau der Genkartoffel ‚Amflora‘ unterblieb in NRW. Dies ist ein großer Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit und des vielfältigen genkritischen Widerstands in Deutschland. Für das Jahr 2012 ist in NRW ebenfalls kein Gentech-Anbau zu erwarten.

Einen weiteren Erfolg gab es auf Landesebene. Viele Jahre lang setzen wir uns beharrlich gegenüber allen Landesregierungen für den Ausschluss von genmanipulierten Pflanzen auf landeseigenen Flächen ein. Diese Ausdauer trug nun Früchte: Direkt zu Jahresbeginn 2011 fasste der NRW-Landtag einen entsprechenden Beschluss und rief die Landesregierung darüber hinaus dazu auf, sich auf allen Handlungsebenen für eine gentechnikfreie Landwirtschaft einzusetzen. Dieses klare Signal der Landespolitik gibt unserer Arbeit und den gentechnikfreien Regionen viel Rückenwind!

Gemeinsam mit unseren MitstreiterInnen aus anderen Verbänden setzten wir uns zudem für eine Verbesserung des Gentechnikrechts ein, so u.a. für deutlich größere Mindestabstände zu Gentech-Äckern und zu Schutzgebieten sowie für einen besseren Schutz der Imkerei vor Folgen eines Gentechnikabaus.

Für artgerechte Tierhaltung – Bauernhöfe statt Agrarfabriken

Der Trend zu immer größeren Tierbeständen in der Fleisch- und Eierproduktion geht ungebremst weiter. Vor allem Neubau und Erweiterungen von Hähnchenmastanlagen boomten im Jahr 2011. Selbst einige Kommunen erheben inzwischen offen Widerspruch gegen neue Intensivtierhaltungen – und sehen sich angesichts der noch immer bestehenden Privilegierung derartiger Anlagen kaum in der Lage, diese abzuwenden. In vielen Orten zwischen Niederrhein und Ostwestfalen mischten





2011er-Auftakt der Kampagne gegen Massentierhaltung war die Großdemonstration am 24. Januar in Berlin. Unter dem Motto „Wir haben es satt“ forderten 22.000 Demo-TeilnehmerInnen eine ökologisch bäuerliche Landwirtschaft ohne Massentierhaltung und Gentechnik. Mit dabei: BUND NRW-Agrarreferent Ralf Bilke, Landesvorsitzender Paul Kröfges, Friends of the Earth-Chef Nnimmo Bassey und Ingeborg Arndt von der BUND-Kreisgruppe Neuss. Foto: BUND-Archiv

sich BUND-Gruppen mit Stellungnahmen, Unterschriftensammlungen und Veranstaltungen in die laufenden Planungen ein und wurden hierbei vom Landesverband nach Kräften unterstützt.

Im Kreis Euskirchen lud die dortige Kreisgruppe gemeinsam mit dem Landesverband zu einer BUND-Bürgerversammlung zu einer geplanten Putenfabrik ein, der mehr als 100 Menschen folgten. Pressearbeit, politische Gespräche und eine markante, gemeinsame Plakataktion mit der örtlichen Bürgerinitiative belebten die öffentliche Diskussion. Mit Erfolg: Bis heute wurde das Vorhaben nicht realisiert!



in den Kreisen Düren, Steinfurt, Wesel, Warendorf, Coesfeld, Rhein-Sieg und vielen anderen Orten bieten BUND-Aktive derartigen Vorhaben seit Jahren die Stirn.

Doch letztlich bedarf es einer grundlegenden Neuausrichtung der Tierhaltung. Eine Studie im Auftrag des NRW-Landwirtschaftsministeriums legte schonungslos offen: in 83 Prozent aller Mastdurchgänge in Hähnchenställen wurden den Tieren Antibiotika verabreicht. Stichproben des BUND-Bundesverbandes und Studien anderer Institute wiesen gesundheitsgefährdende antibiotikaresistente Keime am Fleisch sowie auch in der Umgebung außerhalb von Ställen nach. Die Ergebnisse sind eine Bankrotterklärung für die Hähnchenmast; der Handlungsbedarf ist enorm.

In einer Anhörung des Agrarausschusses des NRW-Landtags zur Intensivtierhaltung legte der BUND konkrete Vorschläge u.a. für eine stärkere Öffentlichkeitsbeteiligung bei Stallneubauten und Steuerungsmöglichkeiten für Kommunen vor. Weiteren politisch-rechtlichen Handlungsbedarf sieht der BUND neben bau-, immissionsschutz- und düngerechtlichen Änderungen insbesondere beim Tierschutzrecht und den Haltingsverordnungen.

Gemeinsam für eine bäuerliche Landwirtschaft

Auch außerhalb des Parlaments hat die Debatte über die Zukunft der heimischen Landwirtschaft erfreulich an Fahrt gewonnen. Unter dem Motto ‚Wir haben es satt‘ demonstrierten Anfang 2011 mehr als 22.000 BäuerInnen, Umwelt- und TierschützerInnen, ImkerInnen und VerbraucherInnen gemeinsam in Berlin für

eine neue Agrarpolitik – auch viele BUNDlerinnen und BUNDler aus NRW beteiligten sich hieran, und gleich mehrere BUND-Gruppen organisierten Busse für die Anreise. Der große Erfolg, gemeinsam so viele Menschen auf die Straße zu bringen, motivierte – und Anfang 2012 gab es eine Neuauflage der Demonstration.

Ein weiterer Schritt war die Veranstaltungsreihe ‚Bauer hält Hof‘, an der sich ebenfalls mehrere BUND-Gruppen beteiligten. Ziel ist es, mit Hofführungen, Vorträgen und Diskussionen BäuerInnen, Umwelt- und TierschützerInnen und VerbraucherInnen miteinander ins Gespräch zu bringen und über die Agrarpolitik zu informieren. Gemeinsames Anliegen ist es, Agrarfabriken mit vielen zehntausenden Tieren in die Schranken zu weisen, die Tierhaltung in bäuerlichen Betrieben zu unterstützen, nicht mehr Tiere zu halten, als wir auch von unseren Flächen hierzulande ernähren können, und Subventionen z.B. für Agrarfabriken und Fleischexporte zu Dumpingpreisen zu stoppen.



Foto Agentur für Erneuerbare Energien

Biomasse umweltverträglich nutzen

Ein zentrales BUND-Ziel ist der schnellstmögliche, systematische und naturverträgliche Ausbau der erneuerbaren Energien. Die Nutzung von Biomasse zur Gewinnung von Strom und Wärme ist dabei ein sinnvoller Baustein, sofern es sich um schadstofffreie organische Abfälle wie z.B. Grünschnitt handelt, die in kleineren dezentralen Anlagen mit Kraft-Wärme-Koppelung eingesetzt werden. Bei einem gezielten Anbau von ‚Energiepflanzen‘ hingegen sind sehr genau die Auswirkungen auf Natur und Landschaft zu beachten. Für den BUND gilt, dass er klar definierten energiewirtschaftlichen und ökologischen Mindeststandards genügen muss.

Fehlentwicklungen zeichnen sich heute insbesondere dort ab, wo neben einem ohnehin viel zu intensiven

Maisanbau infolge von Massentierhaltung zudem der Neubau von Biogasanlagen mit großen Kapazitäten boomt, beispielsweise im nördlichen Münsterland. Die Maisanbaufläche in NRW weitete sich in den letzten 10 Jahren in NRW stetig aus. Die Herausforderung, den notwendigen Ausbau regenerativer Energien voranzubringen, ohne zugleich den Maisbau ausweiten und weitere Ackerflächen durch ‚Energiepflanzen‘ in Anspruch zu nehmen, bleibt in NRW damit ganz oben auf der Agenda. Der BUND beantwortete auch 2011 zahlreiche Anfragen zu diesen Themenkomplex und beteiligte sich mit Referenten an diversen Veranstaltungen hierzu.

Zu den genannten Themen kamen weitere wie Gülletransporte, die anhaltend überhöhten Nitratwerte im Grundwasser, Dioxine in Futtermitteln und etliche Verbraucherschutzthemen hinzu.

Fazit und Ausblick

Mit fachpolitischen Stellungnahmen, fundierten Recherchen und markanten Aktionen mischt sich der BUND in Nordrhein-Westfalen aktiv in die Agrarpolitik ein. Die vielen Anfragen aus der Bevölkerung und der Medien weisen uns dabei als kompetenten Ansprechpartner aus. Vor allem in Bereich Gentechnik können wir uns über das bisher Erreichte freuen.

Zugleich stellt die Agro-Gentechnik in den nächsten Jahren eine der größten Herausforderungen im Themenfeld Landwirtschaft/Naturschutz dar.




So steht die Zulassung neuer Gentechnik-Pflanzen für den Anbau in der EU vor der Tür. Neben der Abwehr des Anbaus gilt es vor allem, weiterhin engagiert für das Label ‚ohne Gentechnik‘ zu werben und so den Einsatz von Futtermitteln

aus genmanipulierten Pflanzen zurückzudrängen. Die Entwicklung im Lebensmitteleinzelhandel in den Jahren 2010/2011 und vom BUND mit unterstützte Projekte wie die ‚Faire Milch‘ zeigen den Weg auf.

Und ein weiteres Thema gewinnt an Bedeutung: Die Erhaltung des Grünlandes in NRW. Artenreiche Wiesen und Weiden, extensiv von bäuerlichen Betrieben bewirtschaftet, dienen der Biodiversität und gleichermaßen dem Erhalt einer lebendigen Kulturlandschaft.

Wir sind auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen gut vorbereitet und wissen hierbei den Großteil der VerbraucherInnen und viele Aktive vor Ort hinter uns. Machen auch Sie mit!

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik



Obstwiesenschutz im BUND

Von der niederländischen Grenze bis hin nach Ostwestfalen engagieren sich fast 20 BUND-Gruppen in NRW im Streuobstwiesenschutz. Sie legen neue Obstwiesen an und pflanzen in alten Beständen junge Bäume nach; sie schneiden die Gehölze fachgerecht und ‚erziehen‘ sie beim Kronenaufbau; sie schützen die Bäume vor Verbiss, halten Baumscheiben offen, mähen die Wiesen oder lassen sie mit Schafen beweidet. Es gibt immer etwas zu tun! Sie kartieren Obstwiesen und erarbeiten Vorschläge, um die Flächen langfristig zu erhalten, bieten Schnittkurse und Führungen an.

Herausragend sind die vielen Saftprojekte: Die BUND-Aktiven sammeln Jahr für Jahr tonnenweise Streuobstpfel und richten zur Erntezeit Sammelstellen ein; dabei belohnen sie die Obstwiesenbesitzer mit einem höheren Preis als allgemein üblich und lassen deren Früchte zu naturtrübem Saft vermosten.

Die Arbeit macht Freude und zeigt Erfolge! Zahlreiche Obstwiesen konnten erhalten werden – und damit wertvoller Lebensraum für viele Tierarten. Insbesondere Vögel, Käfer, Schmetterlinge und Kleinsäuger profitieren von dem reichhaltigen Angebot an Höhlen, Blüten und herabfallenden Früchten. Das Bewusstsein für die vielen altbewährten regionalen Obstsorten wird gestärkt.

Sie möchten selber Obstbäume pflanzen?

Hinweise auf geeignete Sorten in Ihrer Region sowie eine Übersicht über die BUND-Streuobstprojekte in NRW finden Sie unter http://www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/landwirtschaft_gentechnik/obstwiesenschutz_streuobstvermarktung

Verkehr. Richtung wechseln



Nordrhein-Westfalen ist eines der verkehrsreichsten Bundesländer. Etwa 12 Millionen Menschen besitzen einen Führerschein, zehn Millionen Kraftfahrzeuge sind hierzulande zugelassen. 95.000 Kilometer Straßen durchziehen unser Land, davon allein 2.200 Kilometer Autobahnen und 5.100 Kilometer Bundesstraßen. Die Folgen sind gravierend. In ganz Nordrhein-Westfalen finden sich nur noch drei unzerschnittene Lebensräume von einer Größe über 100 km². Sie kommen auf einen Flächenanteil von 1,1 Prozent an der Gesamtfläche des Landes. 35 Millionen Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid gehen jährlich auf das Konto des Verkehrs. Die verkehrsbedingten Lärm-, Feinstaub- und Stickstoffdioxidemissionen verursachen Gesundheitskosten in Milliardenhöhe. 12.600 Menschen sterben hierzulande jährlich an feinstaubbedingten Krankheiten; 550 Menschen kamen im letzten Jahr im Straßenverkehr um. Der BUND fordert deshalb einen radikalen Kurswechsel in der Verkehrspolitik des Landes.

Verkehrswende stockt

Die verkehrspolitische Bilanz von Rot-Grün ist durchgewachsen: Die vielen positiven Ankündigungen wurden nicht immer durch entsprechendes Handeln bestätigt. Der BUND erwartet deshalb, dass die „Verkehrswende“ neben der „Energiewende“ zu einem weiteren Schwerpunkt der Landesregierung gemacht wird.

So hatte die rot-grüne Landesregierung angekündigt, zukünftig vorrangig in den Erhalt der Straßeninfrastruktur zu investieren. Bei in der Region umstrittenen Vorhaben des Bundesfern- und des Landesstraßenbaus soll sichergestellt werden, dass Untersuchungen zu Alternativen oder zu anderen Netzlösungen beauftragt werden.

Die am 22. September 2011 vom Verkehrsministerium vorgestellte Prioritätenliste zeigt jedoch, dass ein Großteil der unnötigen und umweltzerstörenden Projekte weiter verfolgt wird, beispielsweise die A 1 durch die Eifel, die A 33 im Bereich des Tatenhauser Waldes, die A 445, die B 67n zwischen Reken und Dülmen und die B 525 Ortsumgehung Nottuln.



Erfreulich ist die Tendenz, dass der Bundesverkehrsminister die Erhaltungsinvestitionen deutlich erhöht hat. Allerdings reicht diese Verschiebung nicht aus, um den großen Sanierungsrückstand bei zum Beispiel den Brücken tatsächlich aufzuholen. Gelten muss im Fernstraßenbau „Erhalt vor Neubau“. In NRW müssen in den nächsten 10 Jahren allein 3,5 Milliarden Euro für die Sanierung von Brücken im Zuge von Fernstraßen ausgegeben werden. Für den Neubau bleibt deshalb kein Spielraum, sondern faktisch nur für den Bestandserhalt und die Beendigung von begonnenen (unumstrittenen) Projekten.

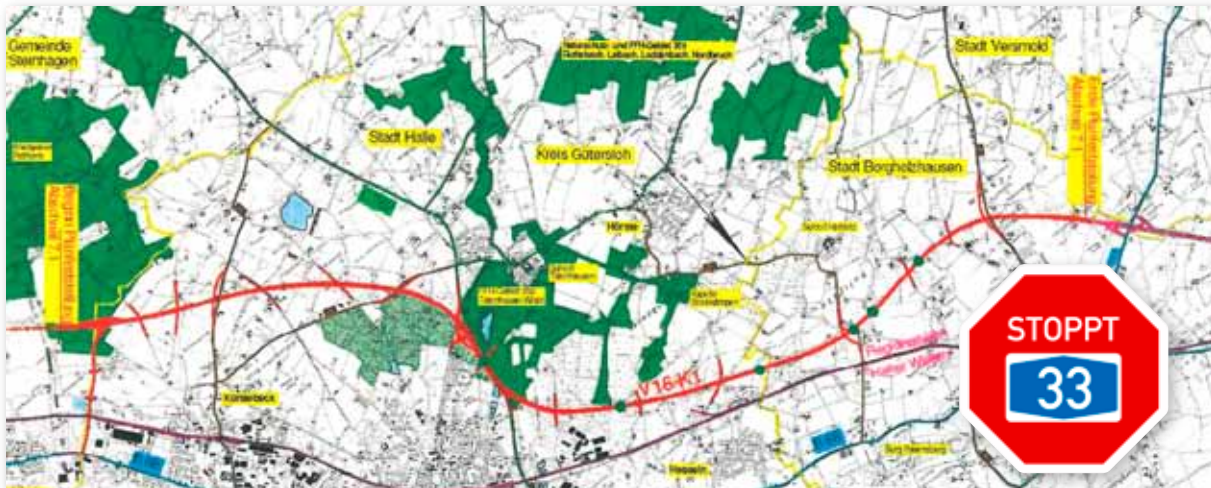
Auch an einer umfangreichen Liste überflüssiger und schädlicher Landesstraßenprojekte wollen die Verkehrsplaner offenbar festhalten. In Bezug auf die Landesstraßenbedarfsplan-Priorisierungsliste sind zwar positive Akzente wie die nachrangige Einstufung oder Streichung zahlreiche Ortsumgehungen zu erkennen. Trotzdem bleibt eine lange Streichliste. Bislang war davon auszugehen, dass die Landesregierung – wie im Koalitionsvertrag festgelegt – die finanzielle Förderung der Projekte des Landesstraßenbedarfsplans auf solche beschränkt, für die im Juli 2010 Baurecht bestand. Darauf werden wir auch zukünftig pochen.



Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/verkehrspolitik

Auf einer Landespressekonferenz am 10. März in Düsseldorf präsentierte der BUND sein „Konzept für effiziente und umweltgerechte Fernstraßeninvestitionen in Nordrhein-Westfalen 2011-2015“. „Der Straßenneubau in NRW muss als beendet angesehen werden“, verkündete der Landesvorsitzende Paul Kröfges (r.). Mit dabei: Dieter Donner von der BUND-Regionalgruppe Düsseldorf (l.) und BUND-Verkehrsexperte Dr. Werner Reh.

Foto: D. Jansen



BUND-Klagen gegen Straßenwahn

Seit etwa 30 Jahren ist der Weiterbau der Bundesautobahn A 33 heftig umstritten. Im Jahr 2004 schien eine gütliche Einigung möglich: In der so genannten „Düsseldorfer Vereinbarung“ fanden die Naturschutzverbände mit der Landesregierung einen Kompromiss zugunsten des Naturschutzes. Der BUND verzichtete im Gegenzug auf eine mögliche Klage. Seitdem wurde gegenüber den verschiedenfarbigen Landesregierungen trotz zahlreicher Verfehlungen der Straßenbauverwaltung immer an die Einhaltung der Übereinkunft appelliert. Trotzdem erging in 2011 der Planfeststellungsbeschluss für das letzte Teilstück der Autobahn. Dieser stellt die „Düsseldorfer Vereinbarung“ in wesentlichen Punkten infrage. Gespräche mit dem Landesverkehrsminister Voigtsberger und damit eine außergerichtliche Lösung scheiterten an den harten Positionen des Landes. Im Oktober legte der BUND deshalb Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig ein. Jetzt entscheiden die Gerichte.

Das gilt auch für die umstrittene Bundesstraße B 474n bei Datteln. Gegen diesen 4,8 Kilometer langen Stummel zur Anbindung des ebenfalls geplanten, heftig umstrittenen Industrie- und Gewerbegebiets NewPark hatte der BUND bereits 2010 Klage eingereicht. Diese Straße ist nicht nur überflüssig, sondern schädigt auch unersetzliche Natur. In 2012 wird das Gericht über die Klage befinden.

Zum Jahresende 2011 dann noch ein großer Erfolg: Der BUND hat die Klage gegen die Änderung eines Regenrückhaltebeckens für die umstrittene Autobahn A 44 bei Velbert gewonnen. In seiner Entscheidung vom 21. Dezember 2011 erklärte das Bundesverwaltungsgericht den Planfeststellungsbeschluss für rechtswidrig und nicht vollziehbar. Hintergrund ist das Vorhaben des Landesbetriebs Straßen.NRW, in der Schutzzone eines Wasserwerks ohne besondere Abdichtung des Untergrundes Schmutzwasser von der Autobahn zu sammeln, um es dann in einen Bach einzuleiten. Gegen diese Planung hatte sich der BUND gewandt, um eine Verseuchung des

Trinkwassers zu verhindern. Mit dem Urteil wird die Realisierung des heftig umstrittenen Autobahnteilstücks immer unwahrscheinlicher.

Stopp des Flächenverbrauchs

Die rot-grüne Landesregierung hatte angekündigt, den Flächenverbrauch bis 2020 auf maximal fünf Hektar pro Tag senken zu wollen. Längerfristig verfolgt die Landesregierung das Ziel eines Netto-Null-Flächenverbrauchs, was sich mit der BUND-Forderung deckt. Auch wenn das Ziel somit klar definiert ist, sind wahrnehmbare gesetz- bzw. verordnungsgeberische oder politischen Restriktionen beim weiterhin ungehemmten Freiflächenverbrauch und dem damit verbundenen Straßen(aus)bau bislang noch nicht ersichtlich. Im Gegenteil: Zahlreiche Planungen unterlaufen massiv das politische Ziel der Reduktion des Flächenverbrauchs.

Die NewPark-Planung in den ehemaligen Dortmunder Rieselfeldern ist dabei ein herausragendes Negativ-Beispiel: Eine Fläche von zunächst 270 ha soll als Angebotsplanung für großräumige Industrieansiedlung inmitten einer hochwertigen, von kleinräumiger Landwirtschaft geprägten Natur- und Kulturlandschaft in unmittelbarer Nähe zum FFH-Gebiet Lippeauen „entwickelt“ werden. Dabei stehen in der Region ausreichend ungenutzte Industrieflächen zur Verfügung. Dagegen wird sich der BUND auch 2012 weiter wehren.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/boden_und_freiraumschutz



Foto: hortmut910/pixelio.de

Gesund leben. Für saubere Luft.

Wir Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf saubere Luft und den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Doch noch immer viel zu häufig gilt der Schutz vor schädlichen Immissionen als Investitionshindernis. Der BUND ist nicht industrie-feindlich. Dennoch sehen wir unsere Aufgabe auch darin, in den Genehmigungsverfahren für einen besseren Gesundheitsschutz zu kämpfen und allgemeinwohlschädliche Projekte zu verhindern. Dabei ist der BUND auch dialogfähig: Im „Dialog Wirtschaft und Umwelt“ und dem „Dialog schafft Zukunft – Nachhaltige Wirtschaft in NRW“ der Landesregierung sind kompetente BUND-Aktive vertreten. In den vielen bilateralen Gesprächen mit Vertretern von Industrie und Wirtschaft werben wir für ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen.

Luftreinhalteplanung kommt voran

Der BUND ist mit seinen Fachleuten in zahlreichen Projektgruppen zur Aufstellung von Luftreinhalteplänen bei den Bezirksregierungen präsent und wirbt dort für eine konsequente Umsetzung der europarechtlichen Vorgaben für eine bessere Luftqualität. Mit dem Regierungswechsel stellten sich weitere Erfolge ein. Insbesondere die Beseitigung eines Flickenteppichs kleinerer Umweltzöner im Ruhrgebiet zugunsten einer vereinheitlichten Umweltzone Ruhrgebiet greift eine alte BUND-Forderung auf. Trotz positiver Tendenz werden die Feinstaub-Grenzwerte aber weiterhin an etlichen Messstationen überschritten.

Ebenso fehlt eine konsistente Strategie zur Minderung der überwiegend verkehrsbedingten Stickstoffdioxidbelastung. Und auch die vor allem aus Industrieanlagen gespeiste regionale Hintergrundbelastung mit Feinstaub wird noch nicht konsequent genug angegangen.

Bei den tagesbaubedingten Immissionen gibt es hingegen weitere Fortschritte. Nach Garzweiler wird jetzt auch für die Umgebung des Tagebaus Hambach ein Luftreinhalteplan aufgestellt.

Umstrittene Genehmigungen

Anders als andere Umweltverbände mischt sich der BUND traditionell in viele immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren ein. Der technische Umweltschutz steht beim BUND hoch im Kurs, was letztendlich auch durch das Wirken des entsprechenden Landesarbeitskreises unter der Leitung von Claudia Baitinger und deren zahlreiche Stellungnahmen in Genehmigungsverfahren dokumentiert wird. Ob geplante Abfallmitverbrennung in der RWE-Braunkohlenfabrik in Hürth oder Erweiterung der Currenta-Sondermüllverbrennungsanlage in Leverkusen – in vielen Verfahren sorgt die BUND-Beteiligung für Verbesserungen, oder der Vorhabensträger macht – wie im Falle der geplanten RWE-Abfallmitverbrennung – wegen der massiven Proteste einen Rückzieher.

Erfolgreich war der BUND auch im abfallpolitischen Bereich. Die BUND-Klage gegen die Verfüllung eines Gewässers zur Errichtung einer Deponie bei Dülmen sorgte in 2011 ebenso für Aufsehen, wie der Dauer-Streit um die Skandaldeponie Eyler Berg in Kamp-Lintfort.

Mehr: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/immissionsschutz_chemie



Foto: D. Jansen

Umweltbildung. Für die Zukunft



Aber es geht heute um mehr als das: Es gilt Kinder und Jugendliche auf die globalen Herausforderungen von morgen vorzubereiten und ihnen ihre Verantwortung für die Umwelt und die Länder des Südens aufzuzeigen. Mit der Veränderung des eigenen Lebensstils können wir sowohl gegen den Klimawandel als auch für globale Gerechtigkeit viel bewirken.

Wie Kindern und Jugendlichen dies mit Spaß und Motivation statt mit erhobenen Zeigefinger vermittelt werden kann, zeigen wir auf unseren zahlreichen Fortbildungen. Allein im Jahr 2011 hat die BUNDjugend NRW 13 Fortbildungen für MultiplikatorInnen angeboten – von einer dreiteiligen Qualifizierung für die Leitung einer AG an Ganztagschulen über die Ausbildung als Klima-MultiplikatorIn bis hin zu eintägigen Seminaren, etwa zum Thema Fundraising.

Mehr Infos: www.bundjugend-nrw.de und www.umweltbildung-ogs.de.

Bildung als ein zentraler Aspekt erfolgreicher Umweltarbeit – das steht schon lange auf der Agenda des BUND und der BUNDjugend. Wir bieten vielfältige Bildungsangebote an. Im Zentrum stehen die Projekte „Umweltbildung in der Offenen Ganztagschule“ und „Einfach ganz ANDERS“. Auch die Veranstaltungskooperation im Rahmen der Natur- und Umweltschutz-Akademie NRW (NUA) läuft weiter erfolgreich: Im letzten Jahr wurden mehr als 100 NUA-Veranstaltungen durchgeführt.

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/themen_und_projekte/umweltbildung

Nachhaltigkeit lernen

Kinder und Jugendliche verbringen heute immer weniger Zeit in der Natur. Ganztagschule, Termine, Fernsehen und Computer bestimmen den Alltag und nehmen die Zeit für das Entdecken nahe gelegener Wiesen, Bäche, Wäldchen und Brachflächen. Dabei ist es von grundlegender Bedeutung, die Natur kennen und lieben zu lernen, um sich auch für ihren Schutz stark zu machen. Von daher hat sich der BUND und seine Jugendorganisation, die BUNDjugend, auf die Fahne geschrieben, Kinder und Jugendliche dazu zu motivieren, mehr Zeit in der Natur zu verbringen. Ob „Mit der Kräuterhexe durch die Eifel“, bei einer Kanufahrt in Polen, oder bei einer Umwelt-Agenten-Arbeitsgemeinschaft in der Ganztagschule – wir schaffen Naturerlebnisse, die Lust auf mehr machen.

Mit Schülern etwas bewegen

Sensibilisieren, motivieren, realisieren – das ist das Motto des vom Umweltministerium geförderten Projekts „Einfach ganz ANDERS“, bei dem sich SchülerInnen an Ganztagschulen in AGs und Projekten mit Zukunftsthemen, wie Klimawandel und globale Gerechtigkeit auseinandersetzen und lernen, selber etwas zu bewegen. Um schulische und außerschulische Lehrkräfte zu unterstützen, werden in Kooperation mit dem Eine Welt Netz NRW Fortbildungen angeboten und eine Lernreihe entwickelt.

Die Lernreihe „Bildung für nachhaltige Entwicklung an Ganztagschulen“ für MultiplikatorInnen liefert Hintergrundinformationen, Tipps, Anleitungen und präsentiert jugendgerechte Themenzugänge und Methoden. Sie bietet Grundlage und Anreize, eine AG oder ein Projekt zu Umwelt- und Eine Welt-Themen an Schulen, insbesondere in der Sekundarstufe I, durchzuführen. Die Lernreihe besteht aus einer 80seitigen Basismappe und thematischen Heften zu den Bereichen Klima, Wasser und Boden.

Mehr: www.einfachganzanders.de



Unabhängig. Politisch und finanziell.

BUNDland NRW

Der BUND ist ein Mitmachverband – eine Plattform für alle, die sich im Umwelt- und Naturschutz einsetzen möchten: Mit handwerklich-praktischem Geschick, mit Fachwissen und fundierten Stellungnahmen, mit Freude an griffigen Formulierungen beim Erstellen von Presseinformationen, Faltblättern oder Newslettern, als WebmasterIn, ExkursionsführerIn, KassenwartIn, bei der Leitung von Kinder- und Jugendgruppen oder der Organisation öffentlichkeitswirksamer Aktionen, im persönlichen Gespräch am Info-Stand und in anderer Weise. Die Bandbreite des Engagements der viele hundert BUND-Aktiven ist groß. Rein ehrenamtlich, unabhängig und oft mit großer Beharrlichkeit leisten sie Tag für Tag einen unverzichtbaren Beitrag für unsere Umwelt.

Von der niederländischen Grenze bis nach Minden-Lübbecke sind wir in vielen Orten präsent – in Kreis-, Orts- und Regionalgruppen, in Projekten und in Arbeitskreisen. Sie alle entscheiden eigenständig, welche Themen ihnen vor Ort besonders wichtig sind und wo und wie sie sich einmischen. Auf diese Weise ist über die Jahre ein starkes und schlagkräftiges Netzwerk gewachsen.

Mindestens zweimal im Jahr tritt das aus gewählten VertreterInnen der Kreis- und Regionalgruppen bestehende Kreisgruppenforum zusammen. Das Forum berät den Landesvorstand in wichtigen verbandspolitischen und organisatorischen Fragen.

Die Mitgliederentwicklung nahm im Jahr 2011 einen erfreulichen Verlauf: Am Jahresende unterstützten 22.602 Mitglieder den BUND in Nordrhein-Westfalen und damit 1.777 mehr als im Vorjahr.

Der Stellenwert des Umwelt- und Naturschutzes ist in der Öffentlichkeit anhaltend hoch. Ob Klimaschutz, Atomausstieg oder gentechnikfreie Landwirtschaft: In vielen Fragen steht die übergroße Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Weitere Aktive sind ausdrücklich willkommen. Machen Sie mit?

Mehr: www.bund-nrw.de/aktiv_werden/mitglied_werden

Yesil Cember

Im Frühjahr 2011 gründete sich unter dem Dach des BUND NRW erstmals auch eine türkischsprachige Gruppe: ‚Yesil Cember NRW‘ (Grüner Kreis). Sie startete mit einer Vielzahl öffentlicher Aktivitäten wie Infoständen und der Teilnahme an Anti-Atom-Demonstrationen, führte Schulungen durch und richtete gemeinsam mit anderen den ersten türkischsprachigen Umwelttag in NRW aus. Thematischer Schwerpunkt der Veranstaltung waren Energiesparen und der Wechsel zu Ökostrom. In der Homepage des BUND-Landesverbandes berichten wir über die Aktivitäten zweisprachig (türkisch-deutsch).

Mehr Infos: www.bund-nrw.de/ueber_uns/yesil_cember_nrw



BUND-Landesdelegiertenversammlung

Einmal im Jahr versammeln sich die mehr als 130 Delegierten der BUND-Kreisgruppen, der BUNDjugend NRW und der Landesarbeitskreise. Die Landesdelegiertenversammlung ist das höchste Gremium des Verbandes. Sie befindet zum Beispiel über die Entlastung des Vorstandes, fasst Grundsatzbeschlüsse, wählt den Vorstand und nimmt den Haushalt entgegen.



Am 10. April 2011 tagte die Landesdelegiertenversammlung des BUND NRW in Essen. Im Zentrum der Beratung der Delegierten stand neben den notwendigen Formalia vor allem die Energiepolitik. So sprachen sich die VerbandsvertreterInnen u.a. gegen die Erschließung unkonventioneller Erdgaslagerstätten unter Einsatz hochgiftiger Chemikalien im Zuge des so genannten Gasfrackings aus. Der weitere naturschutzverträgliche Ausbau der Windenergienutzung in NRW wurde einvernehmlich gutgeheißen. Als prominenter Gastredner appellierte Landesumweltminister Johannes Remmel, verstärkt gesellschaftliche Bündnisse einzugehen, um die ökologischen Herausforderungen zu meistern.

Landesdelegiertenversammlung in Essen 2011: Claudia Baitinger vom Kreisgruppenforum sorgte als Mitglied des Tagungspäsidiums für den geregelten Ablauf. Fotos: D. Jansen



Die BUND NRW Naturschutzstiftung

Die im März 2002 eingerichtete BUND NRW Naturschutzstiftung konnte auch in 2011 wieder schnell und unbürokratisch wichtige Flächen für den Naturschutz sichern.

Im Löschbachtal in Windeck konnte mit Unterstützung der HIT Umwelt und Naturschutzstiftung und des BUND Rhein-Sieg eine wertvolle Grünlandfläche angekauft werden. Das Löschbachtal wird vom Schwarzstorch als Nahrungsbiotop genutzt. Auch die örtliche Gelbbauchunkenpopulation profitiert von der Flächensicherung.

Im Umfeld der Kattensteinhöhle in Kallenhardt im Kreis Soest hat die Stiftung eine weitere unter NSG/FFH-Schutz stehende Fläche erworben, um dort Feuchtbiotope und Kalkmagerrasen mit Ziegenbeweidung zu entwickeln. Die Kattensteinhöhle im Zentrum des Gebietes befindet sich bereits im Eigentum der Stiftung. Die Finanzierung erfolgte unter Beteiligung der Ortsgruppe Kallenhardt.



Weiter hat die Stiftung zwei Grundstücke am Witterschlicker Bahnhof in Alfter aus den Beständen der DB Netz AG erworben. Die Brachflächen entlang der Gleise sollen nun von der BUND-Kreisgruppe Rhein-Sieg als wichtiges Trittsteinbiotop für die europarechtlich

besonders geschützte Zauneidechse weiterentwickelt werden. Die Zauneidechse nutzt den Gleiskörper der Bahnstrecke Bonn-Euskirchen und die angrenzenden, gehölzarmen Flächen zumindest in Teilen als Lebensraum.

Und schließlich hat die Stiftung als ersten Schritt zu einem Naturerlebnisgelände im Siebengebirge am Drachenfelder Eselsweg mehrere Parzellen erworben, die unmittelbar an den beliebten Aufstieg zum Drachenfels angrenzen. Damit bieten sie beste Möglichkeiten, dort wichtige Naturschutzthemen öffentlich darzustellen und Natur zu zeigen. Im nächsten Schritt arbeiten die beiden BUND-Kreisgruppen Bonn und Rhein-Sieg detaillierte Konzeptvarianten für die etwa 1.300 qm große Fläche aus. Ideen gibt es genug, sie reichen von einem Eidechsenarten über eine botanische Sammlung der typischen Pflanzen des Siebengebirges oder einen Geologischen Garten bis hin zu einem Schauweinberg. Das Konzept muss selbstverständlich mit den Naturschutz- und FFH-Zielen des Schutzgebietes vereinbar sein.

Darüber hinaus förderte die Stiftung die Vorführung des Umweltmusicals 'Eisbär, Dr. Ping und die Freund der Erde' in Volmershoven.

Die Auswahl und Präsentation des Schmetterlings des Jahres ist dagegen schon ein etablierter Klassiker mit enorm großer Medienresonanz.

Mehr Infos: www.bund-nrw-naturschutzstiftung.de

BUND-Publikationen und -Medien

„Tue Gutes, und rede darüber“ ist ein Motto der BUND-Öffentlichkeitsarbeit. Selbstverständlich kommt der BUND-Einsatz zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen der Umwelt, der Natur und uns Menschen zugute. Gleichzeitig wollen wir viele weitere (Noch-)Nicht-Mitglieder für unsere Arbeit begeistern, zum Mitmachen bewegen und den BUND noch bekannter machen. Dieses ist das Ziel unserer Öffentlichkeitsarbeit.

Weiter steigende BesucherInnen-Zahlen belegen: Die BUND-Homepage www.bund-nrw.de mit ihrem umfassenden Angebot ist das wichtigste Medium der Öffentlichkeitsarbeit.

Neben dem Internet bietet der BUND speziell für Mitglieder eine breite Palette an sonstigen aktuellen

Leistungen wie einen PRESSEspiegel, aktuelle Adressen sowie Protokolle von Vorstandssitzungen.

Aber auch der klassische Informationsweg kommt nicht zu kurz. Über das NRWinfo, unsere Mitgliederzeitschrift, erreichen wir regelmäßig alle unsere Landesverbandsmitglieder. Die Gesamtauflage betrug in im letzten Jahr 66.600 Exemplare, und ist damit – korrespondierend mit den Mitgliederzahlen – steigend. Weiterhin informiert der BUND regelmäßig über seine Publikationsreihen BUNDaktuell, BUNDhintergrund und BUNDposition. Auch die Mailings, wie z.B. das zum Wildkatzenschutz, haben eine wichtige Informationsfunktion.

Der BUND in den Medien

Der BUND ist der kritische Umweltverband in Nordrhein-Westfalen. Wir mischen uns ein, klären auf, zeigen die Alternativen, sind aktiv. Die große Fachkompetenz gepaart mit professioneller Presse- und Öffentlichkeitsarbeit machen den BUND zu einem ständigen Ansprechpartner für Zeitungen, Funk und Fernsehen.

Presse-Highlight des Jahres 2011 war der Kampf um die Kohlekraftwerke. Bundesweit berichteten die Medien über unseren Widerstand gegen Datteln 4 und die juristischen Erfolge in Lünen und vor dem europäischen Gerichtshof. Dauerbrenner ist aber auch nach wie vor der „Schmetterling des Jahres“. Er erreicht Millionen Leserinnen und Leser im deutschsprachigen Raum.

„Presse geht immer vor“ – nach diesem Motto steht der BUND täglich Rede und Antwort. Ob Luftreinhalteplanung, Chemie- und Verkehrspolitik, Gentechnik oder Artenschutz – auch dank der Medien fand der BUND breites Gehör in der Öffentlichkeit.

Alle Pressemitteilungen im automatischen e-Mail-Abo:
www.bund-nrw.de/nrw-presseabo.htm

BUND-Lautsprecher im Presseinsatz.
Foto: M. Hegensbach/campact



Informationsmöglichkeiten an: Über den eMail-Verteiler des BUND NRW-Tickers erhalten BUND-Mitglieder regelmäßig aktuelle Informationen aus unserem Verband, zu den Entwicklungen im Umwelt- und Naturschutz, zu aktuellen Erfolgen und Kampagnen. [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/service/newsletter_nrw_ticker].

Das Presseabo liefert Ihnen tagesaktuell die Pressemitteilungen des BUND-Landesverbandes. [Anmeldung unter www.bund-nrw.de/presse/presseabo]. In 2011 gab der BUND in NRW etwa 70 überregionale Presseinformationen heraus.

Verschiedene Fachinformationsdienste, z.B. zur Energie- und Klimapolitik, vervollständigen das umfangreiche Angebot. Darüber hinaus finden BUND-Mitglieder ganz exklusiv im Intranet [www.bund-intern.net] hilfreiche Handbücher, Druckvorlagen, Aktions- und Informationsmaterialien und brandaktuelle Neuigkeiten. Einfach registrieren – und los geht's! Das Aktivenforum des BUND NRW im Intranet bietet dazu weitere Service-

Finanzen des BUND NRW e.V.



Foto: D. Jansen

Politische Unabhängigkeit setzt Unabhängigkeit im finanziellen Bereich voraus. Die klare politische Linie des BUND in Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, weil der Landesverband keine institutionelle Förderung erhält und auf zweifelhafte Spenden verzichtet. Basis der Einnahmen des BUND-Landesverbandes sind die Beiträge der rund 22.600 Mitglieder in NRW. Lediglich das in der Rechtsform einer GbR organisierte und damit selbstständige Landesbüro der Naturschutzverbände in Oberhausen – Träger der GbR sind neben dem BUND die LNU und der NABU – erhält regelmäßige direkte Zuweisungen aus dem Landeshaushalt.

Woher kommen die BUND-Mittel?

Der BUND Landesverband NRW konnte im Jahr 2011 seine solide finanzielle Basis weiter stärken.

Die verlässlichste Unterstützung erhielt er mit rund 616.700 Euro über die Beiträge seiner Mitglieder. Dies ist die eigentliche Basis für zukunftsorientierte Natur- und Umweltschutzarbeit auf hohem fachlichem Niveau, kontinuierliche qualifizierte Öffentlichkeitsarbeit und die Realisierung innovativer Projekte.

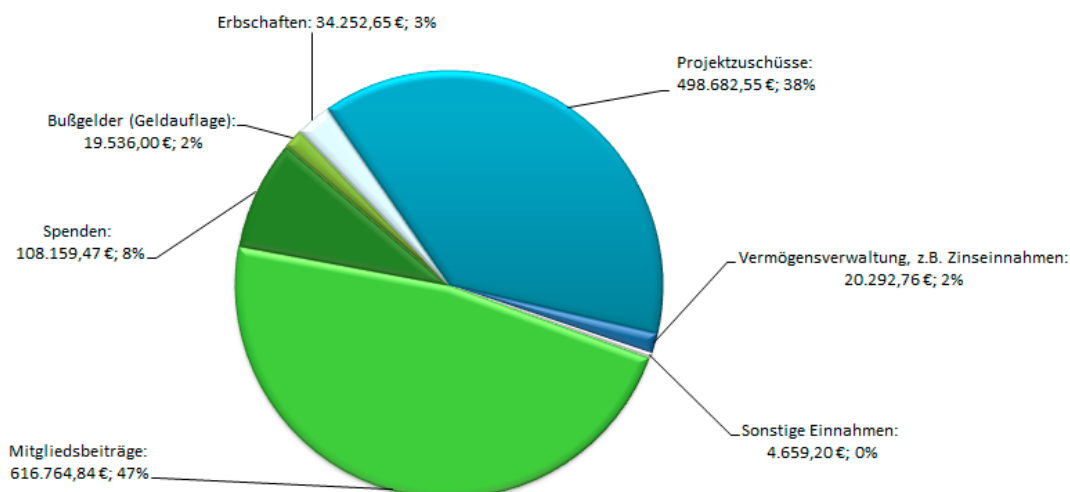
Die Spendeneinnahmen lagen im Jahr 2011 aufgrund von zahlreichen zweckgebundenen Spenden – beispielsweise für das Wildkatzenprojekt – deutlich höher als erwartet und ermöglichten zusätzliches Engagement. Auch die Bußgelder stiegen gegenüber dem Vorjahr an. Der Landesverband erhielt auch wieder Einnahmen aus Erbschaften.

Die Projektzuschüsse resultierten im Wesentlichen aus Förderungen, die der BUND NRW für sein Projekt

„Wassernetz Plus“, für eine Reihe von dezentralen Projekten und Verbandsklagen der Kreis- und Ortsgruppen sowie für diverse Seminare beantragt und erhalten hat. Förderinstitutionen für Natur- und Umweltschutzprojekte waren das NRW-Umweltministerium, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die Natur- und Umweltschutzakademie NRW (NUA) sowie einige kleinere Stiftungen und Organisationen.

Die Einnahmen aus Vermögensverwaltung sind überwiegend Zinseinnahmen, z.B. aus der Beteiligung an einer Windkraftanlage in Geseke. Gemeinsam mit seinen Kreisgruppen legt der Landesverband seine Mittel zu einem Teil in Form von Beteiligungen an vorbildlichen Projekten (Upländer Bauernmolkerei, Märkischer Landmarkt oder der internationalen Genossenschaft fairPla.net) an und unterstützt damit diese Projekte. Auch beispielhafte (Bürger-)Fotovoltaikanlagen gehören zu den Beteiligungen.

EINNAHMEN 2011



Wofür der BUND seine Mittel einsetzt

Mehr als 585.500 Euro flossen 2011 unmittelbar in Natur- und Umweltschutzprojekte, Fach- und Lobbyarbeit, Aktionen oder Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Hinzu kamen weitere fast 159.000 Euro, die an die BUNDgruppen und BUNDjugend NRW weiter geleitet und dann ebenfalls für umweltpolitische Arbeiten und Naturschutzprojekte vor Ort eingesetzt wurden. Zusammen sind das fast 60 Prozent der Gesamtausgaben des BUND NRW, die unmittelbar Natur und Umwelt zugutekommen.

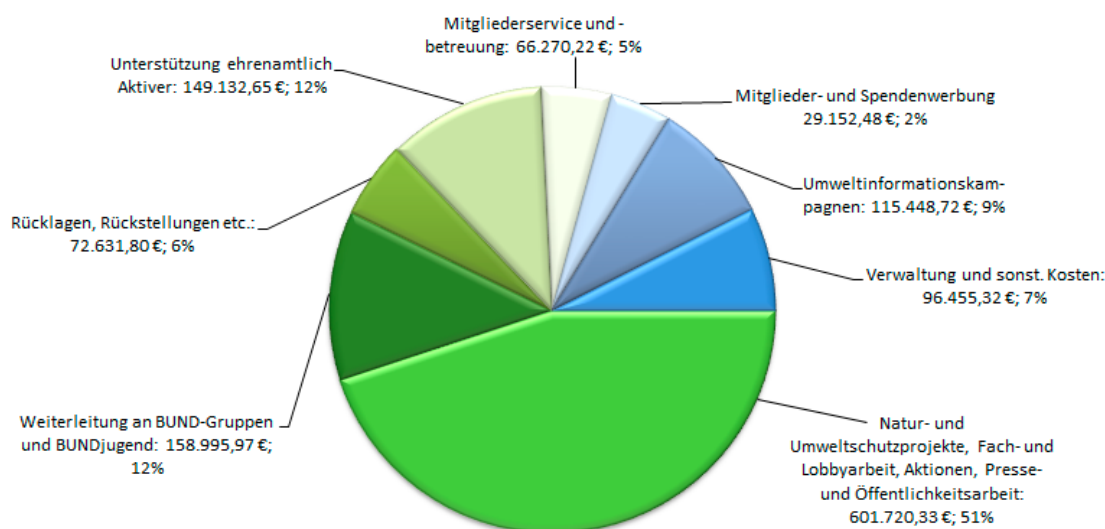
Die Unterstützung und Betreuung der zahlreichen ehrenamtlichen Aktiven bei ihren Projekten und Aktivitäten sowie der ehrenamtlichen Gremien, in denen ein Großteil der Facharbeit des Verbandes stattfindet, schlug mit insgesamt knapp 150.000 Euro zu Buche.

Bei den Ausgaben für den Mitgliederservice handelt es sich überwiegend um die Erstellung und den Versand der Mitgliederzeitschrift BUNDmagazin mit dem Einhefter *NRWinfo* mit speziellen Informationen aus Nordrhein-Westfalen. Hinzu kommt die Beantwortung vieler fachlicher Anfragen aus der Mitgliedschaft zu diversen Umweltthemen. Für den Mitgliederservice gab der Landesverband rund 66.000 Euro aus.

Für Umweltinformationskampagnen setzte der Landesverband etwa 115.500 Euro, für Spenden- und Mitgliederwerbung rund 57.700 Euro ein. Die Rückstellungen und Rücklagen konnten um etwas mehr als 70.000 Euro erhöht werden.

Die Kosten für Verwaltung und sonstige Kosten lagen mit 7,4 Prozent weiterhin erfreulich niedrig.

AUSGABEN 2011



Werden Sie aktiv im BUND
oder unterstützen Sie unsere Arbeit
durch eine Spende:
Konto 8 204 700, BLZ 370 205 00,
Bank für Sozialwirtschaft (Köln)

Wir über uns: Das BUND-Team 2011

Der BUND Landesverband Nordrhein-Westfalen wurde im Jahre 1976 gegründet. Die Anerkennung nach dem Bundesnaturschutzgesetz erhielt der BUND NRW im Jahre 1981. Daraus ergeben sich besondere Beteiligungs- und Klagemöglichkeiten bei Planverfahren, die Natur und Landschaft beeinträchtigen. Der Vorstand des BUND NRW arbeitet rein ehrenamtlich, ebenso wie die Mitglieder der Facharbeitskreise. Ein Team von acht hauptamtlichen MitarbeiterInnen koordiniert die Arbeit des Landesverbandes, führt Kampagnen durch, managt Projekte und sorgt für eine umfassende Betreuung der Mitglieder und UnterstützerInnen.

Der BUND-Landesvorstand 2011:

Paul Kröfges, *Landesvorsitzender*

Bernd Meier-Lammering, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Holger Sticht, *stellvertr. Landesvorsitzender*

Klaus Brunsmeier, *Schatzmeister*

Notburga Henke, *Beisitzerin*

Horst Meister, *Beisitzer*

Friedrich Ostendorff, *Beisitzer (nicht im Bild)*

Prof. Dieter Schmalz, *Beisitzer*

Tina Korte, *BUNDjugend-VertreterIn (nicht im Bild)*



BUND-Landesarbeitskreise gibt es zu den Themen:

- Atom
- Braunkohle
- Deregulierung
- Energie
- Heimische Orchideen
- Landwirtschaft
- Naturschutz
- Technischer Umweltschutz
- Verkehr, Stadtentwicklung und Flächennutzung
- Wald und Stadtbäume
- Wasser



AnsprechpartnerInnen der Arbeitskreise und der etwa 180 örtlichen BUND-Gruppen sind in der Landesgeschäftsstelle, Tel.: 0211 / 30 200 5-0, zu erfragen.



Seit vielen Jahren ein verlässliches Team in der Düsseldorfer Landesgeschäftsstelle des BUND: Dirk Jansen, Ralf Bilke, Dr. Jochen Behrmann, Claudia Reuter, Dr. Christoph Aschemeier, Kristina Grund, Rolf Behrens, Uschi Vennes Foto: D. Jansen

Die Landesgeschäftsstelle:

Dr. Christoph Aschemeier, *Projekt WASSERNETZ NRW*

Rolf Behrens, *Sekretariat*

Dr. Jochen Behrmann, *Geschäftsleiter Organisation*

Ralf Bilke, *Kreis- und Ortsgruppenbetreuung/Agrarreferent*

Kristina Grund, *Cash-Management, Haushaltsüberwachung*

Dirk Jansen, *Geschäftsleiter Umwelt- und Naturschutzpolitik, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit*

Claudia Reuter, *Büroassistentz*

Uschi Vennes, *Zahlungsverkehr/ Spendenbescheinigungen*

Die Erde braucht Freundinnen und Freunde

Der BUND ist ein Angebot: an alle, die unsere Natur schützen und den kommenden Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten wollen. Zukunft mitgestalten – beim Schutz von Tieren und Pflanzen, Flüssen und Bächen vor Ort oder national und international für mehr Verbraucherschutz, gesunde Lebensmittel und natürlich den Schutz unseres Klimas.

Der BUND ist dafür eine gute Adresse. Wir laden Sie ein, dabei zu sein.

Ich will mehr Natur- und Umweltschutz

Bitte (kopieren und) senden an:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.,
Friends of the Earth Germany, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Ich möchte

- ... mehr Informationen über den BUND
 ... Informationen zum Thema Testamente
 ... Ihren E-Mail-Newsletter *(Sie können der Verwendung jederzeit widersprechen)* _____

Ich will den BUND unterstützen

Ich werde BUNDmitglied

Jahresbeitrag:

- Einzelmitglied (ab 50 €) _____
 Familie (ab 65 €) _____
 SchülerIn, Azubi,
StudentIn (ab 16 €) _____
 Erwerbslose, Alleinerziehende,
KleinrentnerIn (ab 16 €) _____
 Lebenszeitmitglied
(einmalig mind. 1.500 €) _____

Wenn Sie sich für eine Familienmitgliedschaft entschieden haben, tragen Sie bitte die Namen hier ein. Familienmitglieder unter 28 Jahren sind automatisch auch Mitglieder der BUNDjugend.

Name, Geburtsdatum

Name, Geburtsdatum

Ich unterstütze den BUND mit einer Spende

- Spendenbetrag €
 einmalig
 jährlich

Um Papier- und Verwaltungskosten zu sparen, ermächtige ich den BUND, den Mitgliedsbeitrag/die Spende von meinem Konto abzubuchen. Diese Ermächtigung erlischt durch Widerruf bzw. Austritt.

Name

Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Kreditinstitut

Bankleitzahl

Kontonummer

E-Mail, Telefon *(Sie können der Verwendung jederzeit widersprechen)*

Datum, Unterschrift

Wenn das Konto nicht ausreichend gedeckt ist, wird der Betrag nicht eingezogen. Der Widerruf ist jederzeit und ohne Angabe von Gründen möglich. Ihre persönlichen Daten werden elektronisch erfasst und können – gegebenenfalls durch Beauftragte des BUND e.V. – auch zu Informations- und Werbezwecken für die Umwelt- und Naturschutzarbeit des BUND genutzt werden. Ihre Daten werden selbstverständlich nicht an Dritte weitergegeben.

IMPRESSUM

Herausgeber:

Bund für Umwelt
und Naturschutz Deutschland
Landesverband
Nordrhein-Westfalen e.V.
Merowingerstr. 88
40225 Düsseldorf
Tel.: 0211/302005-0
Fax: -26,
e-Mail: bund.nrw@bund.net

V.i.S.d.P.:

Paul Kröfges,
Landesvorsitzender

Redaktion, Text & Layout:

Dirk Jansen

Beiträge:

Dr. Christoph Aschemeier,
Dr. Jochen Behrmann,
Ralf Bilke, Stefan Förster
Paul Kröfges,
Bettina Labesius,
Dr. Michael Luwe
Horst Meister,
Dorothea Schubert,
Holger Sticht

BUND-Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft
GmbH Köln
BLZ: 370 205 00
Konto-Nr. 8 204 700

Nachdruck oder sonstige
Verwertung nur mit
Genehmigung des
BUND NRW e.V.

Der BUND im Internet:

www.bund-nrw.de

Düsseldorf, März 2012



Foto: BUND

Mehr Infos: www.bund-nrw.de